

EUROPÄISCHE ERINNERUNGEN AN 70 JAHRE KRIEGSBEGINN

„Kein Wort stand in den Geschichtsbüchern...“

Stipendiaten des Netzwerks n-ost berichten aus acht osteuropäischen Ländern

GEFÖRDERT VON DER STIFTUNG EVZ

 **n-ost**
Netzwerk für Osteuropa-Berichterstattung

evz STIFTUNG
EUROPEAN
VOLUME
ZENTRUM

4	Jan Pallokat <i>Ohne Stunde Null</i>
14	Björn Jungius <i>Zum Zusehen verurteilt</i>
20	Björn Jungius <i>Held des Westens – Feind des Ostens</i>
28	Uwe Rada <i>Drei Völker, drei Erinnerungen</i>
34	Ann-Dorit Boy <i>Den Krieg ans Licht bringen</i>
42	Simone Böcker <i>Gerettet und doch verkauft</i>
50	Maya K. Schönfelder <i>Per Couchsurfing zu den Orten von Krieg und Vertreibung</i>
56	Dirk Auer <i>Vergessenes Lager</i>
64	Marcin Rogoziński <i>Die stille Wiedergutmachung</i>
72	Silvana Wedemann, Valeriya Yaronevetskaya <i>Zwischen allen Fronten</i>
80	C.Wilkens, M.Fejér <i>Gerettet in Albanien</i>
2	Vorwort
12	Vorstellung der Jury
88	Veröffentlichungen
90	Literaturhinweise
92	n-ost Stiftung EVZ

Der Beginn des Zweiten Weltkriegs vor 70 Jahren markiert eine Zäsur in der europäischen Geschichte, die bis heute zu spüren ist. Das Gedenken am 1. September dieses Jahres hat gezeigt, wie unterschiedlich in den einzelnen Ländern heute mit Geschichte umgegangen wird. Nicht nur, dass sich Regierungen über Schuld und Beteiligung streiten oder Opferzahlen neu berechnet werden. Auch jenseits offizieller Geschichtspolitik ist das Erinnern an den Zweiten Weltkrieg höchst verschieden. Wer waren die Opfer, wer die Täter? Wo wurde aktiv Widerstand geleistet, wo wurden die Täter unterstützt? Die Erinnerung daran ist oft schmerzhaft, aber notwendig.

Um diese unterschiedlichen politischen und privaten Erinnerungen öffentlich zu machen und einander gegenüber zu stellen, hat das Netzwerk für Osteuropa-Berichterstattung n-ost mit Unterstützung der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ sein Recherchestipendienprogramm 2009 zum Thema „70 Jahre Kriegsbeginn – Erinnerungskulturen in Deutschland, Ostmittel- und Osteuropa“ ausgeschrieben. Damit erfüllt das Netzwerk eines seiner zentralen Anliegen: vor Ort in Osteuropa genau und umfassend zu recherchieren und jenseits von Klischees und offiziellen Verlautbarungen zu berichten. Der vergleichende Blick in verschiedene Länder und Regionen hebt zudem das Thema aus den nationalen Perspektiven auf eine gesamteuropäische Ebene. Denn n-ost lenkt den Blick von Ost- nach Westeuropa, um beide einander anzunähern.

Wir danken der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ für die finanzielle Förderung und hervorragende fachliche Unterstützung. Der Jury gilt unser besonderer Dank für das engagierte Prüfen der Bewerbungen und für die lebhaftete Diskussion in der Jurysitzung.

Berlin, im September 2009

Christina Hebel
1. Vorsitzende n-ost

Matthias Echterhagen
Geschäftsführer n-ost

Vorwort

„Geteilte Erinnerung“ an den Zweiten Weltkrieg – im Erinnerungsjahr 2009 wird mit dieser Formel auf gegensätzliche und scheinbar unvereinbare (nationale) Geschichtsbilder hingewiesen, die das geteilte Europa auf beiden Seiten des Eisernen Vorhangs zahlreich hervorbrachte. Die im vorliegenden Band zusammengestellten Texte zeigen eindrucklich, dass europaweit die Auseinandersetzungen um die Interpretation der Epoche des Nationalsozialismus bis heute andauert, ja im Zuge aktuell-politischer Konflikte gelegentlich gar an Schärfe gewinnt. Dies ist insbesondere der Fall, wenn Erinnerungen als staatliche „Erinnerungspolitiken“ etwa in den Dienst nationaler Identitäten genommen oder durch Heldenmythen Opferschicksale tabuisiert werden.

„Geteilte Erinnerung“ mag 20 Jahre nach der Überwindung des Eisernen Vorhangs aber auch anders verstanden werden, nämlich als Aufruf zum gegenseitigen Mit-Teilen der Erinnerungen und Offenlegung der Geschichtsbilder in bzw. zwischen Ost und West. Zahlreiche grenzüberschreitende Initiativen haben in den vergangenen Jahren im deutsch-mittel-osteuropäischen Kontext auch mit Unterstützung der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ das Teilen der Erinnerung im positiven Wortsinn vollzogen. Dann steht die Erinnerung immer auch im Dienste von Völkerverständigung.

Die Gegenüberstellung von eigenem und fremdem kollektiven Erinnern an historisches Unrecht nicht als Relativierung von historischer Verantwortung, sondern als Bereicherung der Perspektiven zu begreifen, dafür plädiert auch die russische Menschenrechtsorganisation Memorial in ihrem Aufruf *Das 20. Jahrhundert und der „Krieg der Erinnerungen“*:

„Die Liste der Beispiele, bei denen die Erinnerung eines Volkes im Widerspruch zu der eines anderen steht, ist lang. An diesen Widersprüchen ist jedoch nichts Schlechtes, ganz im Gegenteil. Wenn ihnen mit dem nötigen Verständnis begegnet wird, können sie das Geschichtsbewusstsein eines jeden Volkes bereichern und unsere Vorstellungen über die Geschichte erweitern.“

In diesem Sinne engagiert sich die Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ mit ihren Förderangeboten für eine differenzierte Auseinandersetzung mit der Geschichte der nationalsozialistischen Verbrechen und des Zweiten Weltkriegs im gesamteuropäischen Dialog. Dabei dürfen auch die Kontexte zu stalinistischem Unrecht nicht ausgespart bleiben. Die vorliegenden Rechercheergebnisse aus Polen, Russland, Bulgarien und weiteren süd-, mittel- und osteuropäischen Ländern zeigen beispielhaft, wie unterschiedlich innerhalb jeder der betrachteten Staaten an diese Epoche erinnert wird. Das gilt nicht nur grenzüberschreitend. Auch innerhalb nationaler Kontexte liegen öffentliches und privates Gedenken häufig weit voneinander entfernt, und nicht wenige Opfergruppen müssen bis heute um ihre gesellschaftliche Anerkennung kämpfen. Viele der Texte berichten von eben diesem Ringen

lokaler Initiativen und der Zivilgesellschaft um die Berücksichtigung vergessener oder lang verfälschter Geschichte(n), die im offiziellen Gedenken ihrer Länder bisher keinen Platz fanden.

Genau diesen facettenreichen oder oft streitbaren Erzählungen – zu denen auch „Retter“ und „Vorbilder“ gehören können – ein Forum zu bieten, ist erklärtes Anliegen der Förderung unserer Stiftung. Denn das Erinnern an den Zweiten Weltkrieg muss die verschiedenen Perspektiven einbeziehen und unter Würdigung der jeweiligen Opfer vollzogen werden. Nur so, im offenen Dialog über die gemeinsame (manchmal schmerzliche) Vergangenheit, kann die Verständigung in Europa dauerhaft gelingen. Verständigung bedeutet zuallererst den Versuch, etwas „zu verstehen“, dann die intellektuelle Auseinandersetzung darüber. Das Ergebnis wird keine „einheitliche Erinnerung“ sein, aber (hoffentlich) das Bewusstsein, dass Erinnerungen an früheres Unrecht und staatliche „Erinnerungspolitiken“ heutigem Zusammenleben von Menschen in Europa unter dem Dach der Menschenrechte und der Völkerverständigung nicht mehr im Wege stehen dürfen.

Günter Saathoff
Vorstand

Ohne Stunde Null

Jan Pallokat, Jahrgang 1973, Geschichte/Volkswirtschaft (M.A.), Absolvent Berliner Journalistenschule. Hörfunk-Journalist in Berlin und Warschau. Themen-schwerpunkte Wirtschaft sowie Mitteleuropa, besonders Polen.



Die Aufarbeitung des 2. Weltkriegs, seiner Ursachen und Folgen steht in Mittelost- und Osteuropa, anders als im Westen des Kontinents, 70 Jahre später noch immer am Anfang. Das Thema ist hochgradig politisiert. Jede Nation ist bestrebt, die eigene Rolle möglichst positiv darzustellen – und gerät damit rasch in Gegensatz zur Darstellung des Nachbarn.

Im Westen Europas ist Geschichtspolitik kaum mehr ein Thema. Eingübte Gedenkpraktiken und -reden kanalisieren die Erinnerung an das Geschehen vor 1945. Überraschungen bleiben aus. Zwar sind all die Gedenkrituale bisweilen reichlich oberflächlich, die Reden vorhersehbar, und hinter der Oberfläche lauern vielleicht doch noch Ressentiments und revanchistische Gedanken. Auffallend war immerhin der Widerstand Thatchers wie Mitterands gegen die deutsche Wiedervereinigung. Aber in der praktischen Tagespolitik wie am Stammtisch spielt etwa die uralte Feindschaft Deutschlands und Frankreichs heute keine Rolle mehr. Zu all dem mögen Deutschlands umfassendes Schuldbekenntnis beigetragen haben und die Übereinstimmung in grundlegenden Fragen, etwa zur Einzigartigkeit und Unvergleichlichkeit des Holocausts. Auch ließ die Bedrohung durch den sich aufrüstenden Ostblock die (West-)Europäer zusammenrücken und die Vergangenheit ad acta legen. Letztlich ist es heute unerheblich, was das Reizthema Geschichte und Erinnerung im Westen Europas entschärfte: Der Westen hat seine gemeinsame Stunde Null 1945 gefunden, und es scheint, als würden alte Rechnungen nun nicht mehr aufgemacht.

Wie anders ist das im östlichen Europa. Dort gehören die Erinnerung, die Interpretation und auch der Missbrauch historischer Ereignisse zum tagespolitischen Einmaleins. Die kurze Tätigkeit des Großvaters des polnischen Premierministers Donald Tusk in der Wehrmacht zum Beispiel hätte seinerzeit beinahe den Wahlkampf zu Tusks Ungunsten gedreht, hätte er nicht glaubhaft machen können, dass der kaschubische Vorfahr unfreiwillig in der Nazi-Armee gedient hatte. Noch mehr aber spielen Geschichte und konkurrierende Erinnerung in der Außenpolitik eine Rolle, und fasst immer bringen sie Staaten und Gemeinschaften der Region gegeneinander auf. Dabei reicht die Erinnerung weit in die 30er und 40er Jahre zurück, weil die Zeit der faschistischen und später kommunistischen Unterdrückung von den

meisten Nationen als künstlich und fremdartig eingestuft wird und nach der Wende eine Suche nach der „wahren“ nationalen Identität begonnen hat. Es fehlen dabei aber selbst bei grundsätzlichen Fragen wie den Kriegsursachen die gemeinsamen Nenner. Und es fehlt andersherum nicht an der Bereitschaft, umstrittene historische Fragen immer wieder gezielt auf die Tagesordnung zu setzen.

Jedes Land und jede Bevölkerungsgruppe im östlichen Europa hat heute seine eigenen Schlüsseldaten der nationalen Erinnerung. Für viele Menschen in der ehemaligen Sowjetunion ist – ähnlich wie im Westen – nach wie vor der „Tag des Sieges“, der 9. Mai, das entscheidende Datum, und die rote Fahne auf dem Reichstag ist eines der wichtigsten Symbole. Für die meisten Mittelosteuropäer dagegen ist erst der Epochenbruch von 89/91 der entscheidende Moment, in dem der Zweite Weltkrieg und seine Folgen als überwunden galten: die singende Revolution im Baltikum, die Schüsse am Fernsehturm von Vilnius (Wilna), die ersten freien Wahlen in Polen. Für die wenigen überlebenden Juden Mittelosteuropas wiederum gibt es weder Sieg noch Überwindung zu feiern: Für sie bedeutete der jeweilige Tag des Einmarsches der deutschen Truppen die zentrale Zäsur. Uwe Rada beschreibt diese viel zitierte „Ungleichzeitigkeit der Erinnerung“ am Beispiel Litauens (Seite 28). Dort verdichtet sich das beschriebene Problem auf engstem Raum, ohne dass eine Auflösung der damit verbundenen Widersprüche erkennbar wäre – außer in der Hoffnung, dass das gemeinsame Streben nach Erfolg und Glück in einer freiheitlichen Gesellschaft doch zusammenwachsen lässt, was kaum vereinbar scheint.

Es erstaunt, dass sich die Sprengkraft, die in diesen historischen Wahrnehmungsdifferenzen liegt, bislang nur selten in handfesten Auseinandersetzungen entladen hat, abgesehen von den Ausschreitungen rund um das umgesetzte sowjetische Kriegerdenkmal in der estnischen Hauptstadt Tallinn. Eine Sonderrolle spielen die Zerfallskriege Jugoslawiens, deren Protagonisten ihr Vorgehen ganz wesentlich historisch zu rechtfertigen suchten. Wobei die historischen Daten, die zur Propaganda herangezogen wurden, hier weit vor 1939/45 liegen.

Vergleiche und Gegenvergleiche

Doch die Ruhe ist trügerisch und die Sensibilität in historischen Fragen bis zum heutigen Tag groß. Scharf achten die maßgeblichen Akteure in dieser noch eher jungen Staatenwelt auf Äußerungen der jeweils anderen verantwortlichen Seite. Stellungnahmen wie etwa jene des damaligen russischen Präsidenten Wladimir Putin, beim Zusammenbruch der Sowjetunion habe es sich um die größtmögliche „geopolitische Katastrophe“ des 20. Jahrhunderts gehandelt, führten mit geradezu Pawlowscher Automatik zu den entsprechend empörten Reaktionen im Baltikum und in Polen. Wer etwa die Politiker-Reden anlässlich des Weltkriegsgedenkens am 1. September 2009 in Danzig verfolgte, wähnte sich in einem historischen Fachgespräch. „Vergleich und Gegenvergleich“ war das Muster: Von Polen an den Hitler-Stalin-Pakt erinnert, parierte Wladimir Putin dies mit dem deutsch-polnischen Nicht-Angriffspakt von 1934. Das Geheime Zusatzprotokoll und die sowjetische Invasion in Polen suchte Putin mit Polens Inkorporation des (tschechischen)



Teschener Gebiets nach Zerschlagung der Tschechoslowakei zu relativieren. So ging es hin und her. Immerhin einigten sich Tusk und Putin, die heiklen Themen künftig einer polnisch-russischen Expertenkommission zu überlassen und die Geschichte so nach Möglichkeit aus dem unmittelbaren Druckfeld der Politik herauszuhalten.

Russland spielt eine Doppelrolle im osteuropäischen Ring um die „richtige“ historische Einordnung des Zweiten Weltkriegs, der nirgendwo so brutal geführt wurde und der nirgendwo so viele Opfer forderte wie in der Region. Auf der einen Seite reizt die heutige prosowjetische Haltung Russlands die Gegenseite zu Widerspruch und nationalbewusster Gegenwehr. Auf der anderen Seite wirkt das Land durch seinen Anspruch, Weltmacht zu sein, dämpfend auf nationalistische Hitzköpfe in der Nachbarschaft. So kritisch man Moskaus massives Hineinregieren in die benachbarten Staaten auch sehen kann, man mag sich kaum vorstellen, wie es den großen russischsprachigen Gemeinden

in den angrenzenden ehemaligen Sowjetrepubliken wohl ergangen wäre, hätten die Nationalisten von Tallinn bis Chisinau freie Hand bekommen. So aber beschränken sie sich aus Angst vor dem bedrohlichen und regelmäßig auch drohenden Nachbarn selbst. Björn Jungius beschreibt das exemplarisch am Beispiel des hoch umstrittenen ukrainischen Nationalistenführers Stepan Bandera, dem im kaum russischsprachigen Westen des Landes flächendeckend Denkmale errichtet wurden. Im russophilen Osten der Ukraine wurde und wird das wohlweislich unterlassen (Seite 20).

Der Umgang Russlands mit seiner Geschichte und der seiner Nachbarn hätte sich aber auch ganz anders entwickeln können. In den Wendejahren schien Russland zu brechen mit der Sowjetgeschichte: Da verurteilte die Duma den Hitler-Stalin-Pakt, Verbrechen wie der Massenmord an der polnischen Intelligenzija in Katyn wurden offensiv aufgearbeitet. Doch mit der Rekonsolidierung der russischen Staatlichkeit als starke Zentralmacht zeigte sich bald, dass es einen kompletten Bruch mit der Vergangenheit nicht würde geben können: Der Sieg im „Großen Vaterländischen Krieg“ war ein sehr zentrales, Identität stiftendes Ereignis der sowjetischen Geschichte, als dass die neue Macht, das drohende Auseinanderbrechen des Vielvölkerstaates Russland vor Augen, auf diesen einigenden Moment hätte verzichten wollen. Und so blieb es dabei auch im modernen Russland, wo bis heute Schüler buchstäblich an dieses Erbe herangeführt werden, indem sie jeden Sommer in den russischen Weiten die Knochen verscharrter Rotarmisten aus dem Boden klauben – unter Regie jener, die ähnliches schon in der Sowjetzeit organisiert haben. (Seite 34).

Foto: Umstrittene Bronzefigur: Die Umsetzung des Sowjtedenkmales von Tallinn führte zu gewaltsamen Ausschreitungen (Foto : Ulrich Heyden)

Mit der Rolle Russlands als Erbverwalter der Sowjetunion ist die Konfliktlinie gezeichnet, sehen doch die mittelosteuropäischen Nachbarn Russlands in den sowjetischen Einmärschen 1944/45 und erst recht 1939 eher den Beginn neuen Terrors und neuer Unterdrückung als nur eine Befreiung – ein nicht auflösbarer Widerspruch. Die regelmäßig wiederkehrenden unseligen Vergleiche zwischen dem Holocaust und den Stalin-Verbrechen, die Politiker wie die Lettin Sandra Kalniete oder der polnische Präsident Lech Kaczynski ziehen und mit denen sie im Westen für Empörung sorgen, weil sie den Konsens von der Einmaligkeit der Shoah antasten, sind wohl gar nicht als Relativierung des Holocausts gemeint. Die Vergleiche sollen vielmehr die Diskreditierung des „Befreiers“ auf die Spitze treiben und seine Rolle größtmöglich in ihr moralisches Gegenteil verkehren.

Jahrzehntelanges Unterdrücken historischer Tatsachen hat den Hunger nach geschichtlicher Wahrheit in der Region so groß werden lassen, dass beim Aussprechen des bisher Verleugneten einzelne Aspekte und Figuren ähnlich einseitig überzeichnet werden wie zuvor bei der Geschichtspolitik der Kommunisten. Es ist deswegen kein Zufall, dass die westukrainischen Denkmale des erwähnten Nationalistenführers Bandera von ihrer Anmutung an die eingeschmolzenen Lenin-Figuren erinnern: Die neue Geschichtsschreibung, die das kommunistische Geschichtsbild ablösen soll, bedient sich derselben Formensprache und Absolutheitsansprüche. Aus früher gefeierten „Befreiern“ werden nun „Unterdrücker“. Wer von der kommunistischen Propaganda besonders verтеufelt wurde, hat die größten Chancen, zum Helden der neuen

Zeit aufzusteigen. Eine wirkliche Geschichtsaufarbeitung ist das nicht, sondern eher ein Reflex auf die bisherige Indoktrination.

Für Zwischentöne ist noch viel zu selten Platz. Während Russland Stalin verteidigt, um die Befreier-Rolle vor Beschädigungen zu schützen, kämpfen die mittelosteuropäischen Nachbarstaaten um ein möglichst umfassendes Opferbild. „In der Region hält sich bis heute die Vorstellung davon, dass ein Opfer per se etwas besseres ist“, beobachtet Manfred Sapper, Chefredakteur der Zeitschrift „Osteuropa“. Doch auch jene Nationen, die sich in der Opferrolle sehen, sind nicht frei von Sünden. Die Öffnung der Archive und die Erinnerungen der Menschen hätten „das Wissen in die Welt gelassen“ und ließen sich nun nicht mehr bannen. Deswegen hält Sapper auch Versuche für „aussichtslos und geradezu lächerlich“, durch „Wahrheitskommissionen“ wie in Russland eine bestimmte Sicht der Dinge per Anordnung festzuschreiben – eine Vorgehensweise, die auch in den anderen Ländern mehr oder weniger stark zu beobachten ist. In Polen geschah das zum Beispiel durch Versuche der Regierung Jarosław Kaczynski, das „Institut für nationales Gedenken“ zu einer Waffe im geschichtspolitischen Gefecht umzuschmieden, in Litauen durch Gesetzentwürfe, mit denen die antisowjetischen Nachkriegs-Partisanen vor vermeintlichen historischen Fehldarstellungen geschützt werden sollen. In Bulgarien wird an einer offiziellen Geschichtsschreibung festgehalten. Sie erinnert vor allem an die Rettung der bulgarischen Juden, die der Zivilcourage der Bürger Sofias zu verdanken war. Die Mitverantwortung Bulgariens bei den umfassenden Deportationen der Juden aus

Mazedonien und Nord-Griechenland aber unterschlägt sie (Seite 42).

Erinnerung per Gesetz

Andererseits sind vielerorts auch – oft schmerzhaft – Diskussionen angestoßen worden, die sich um Kollaboration und eigenes Verschulden drehen. Besonders rege sind die Debatten dazu bisher ausgerechnet in Polen verlaufen, jenem Land, dessen Selbstverständnis so stark und einseitig wie sonst wohl nur das Serbiens auf einer geradezu historischen Opferrolle beruht. Insbesondere die Veröffentlichungen des Historikers Jan Gross über die polnische Mithilfe bei den Judenmorden von Jedwabne sowie zuletzt über die Progrome und den polnischen Antisemitismus nach 1945 haben zu regen Diskussionen geführt, die sich in zahlreichen Veröffentlichungen und Theater-Inszenierungen niederschlugen. Da freilich, wo sich zum Genozid auch noch Flucht, Vertreibungen und Grenzverschiebungen gesellten, droht die Erinnerung an jüdisches Erbe tatsächlich wie durch einen Rost zu fallen und zu verschwinden. Das zeigt die bewegende Geschichte von Marcin Rogozinski über einen alten Mann, der in West-Polen vergessene jüdische Friedhöfe vor dem endgültigen Zerfall bewahrt (Seite 64). Initiativen, den Völkermord in der Erinnerung zu bewahren, gibt es auch in Serbien (Seite 56), wo mitten in einem Neubausadtteil Belgrads ein ehemaliges Konzentrationslager verfällt, was unter anderem der bekannte Sender B92 nun ändern will. Weitgehend unbekannt ist auch die Rolle vieler Albaner, bei denen sich Bauernschläue und ein eher archaisches Ehrgefühl in vielen Fällen zu einem eher spontanen Widerstand paarten,

die Juden Albaniens den deutschen Verbündeten auszuliefern (Seite 80).

Dass das östliche Europa nicht nur Ort des Vernichtungskriegs war, sondern auch wesentlicher Schauplatz des Holocausts, der dort vor aller Augen stattfand, belastet die Erinnerungsarbeit eher. Denn sie führt die Opferkonkurrenz auf eine noch gefährlichere Ebene. Obendrein setzt sie Teile dessen frei, was vom traditionellen Antisemitismus in der Region noch unter der Oberfläche versteckt ist. Neben den örtlichen Helfershelfern Hitlers beim Judenmord geht es dabei auch um traumatische Erinnerungen derer, die beim Morden helfen mussten: Die Ermittlungen des französischen Priesters Patrick Desbois, mit denen sich Jan Sternberg beschäftigt hat (Seite 14), dienen nicht nur der Wiederherstellung der Würde der namenlos verscharrten Opfer, sondern wirken auch wie eine späte Therapie für jene, die die Leichen buchstäblich zu stapeln und zu verscharren gezwungen waren.

Selbst in Russland ist die Geschichte des individuellen Leids jenseits der stereotypen Heldenverehrung unvergessen, wie das Autorenengespann Wedemann/Yaronevetskaya im Umland von St. Petersburg beobachtet hat (Seite 72): Einmal mehr zeigt sich auch dort, dass die Stalinsche Politik selbst in den eigenen Reihen bedenkenlos Opfer riskierte.

Wie aber lässt sich nun ein Ansatz für gemeinsame, Grenzen überschreitende Erinnerung finden? Während die Nachbarn Russlands über den Stalinismus schimpfen und dabei die Russen meinen, waren tatsächlich die Russen erste Opfer der Schreckensherrschaft im Namen des Proletariats.

Foto: Wladimir Putin (Foto: Robert Teschner)

Ein gemeinsamer Ansatz wäre womöglich gefunden, wenn sich die ganze Region und alle ihre Bewohner als gemeinsame Opfer ganz verschiedenartiger Totalitarismen, der Stalins und Hitlers, begreifen lernten. Einen Anstoß dafür lieferte ausgerechnet Wladimir Putin in einem Brief, den er anlässlich der Gedenkfeiern 70 Jahre nach Kriegsausbruch den Polen schrieb: Sein Land verstehe die polnische Sensibilität in der Frage der Offiziersmorde von Katyn sehr gut, da auch sein eigenes Schicksal durch den Totalitarismus verformt sei (Gazeta Wyborcza, 31.8.09). Ein Nebensatz, der aufhorchen ließ – so klar und deutlich war die russische Führung seit der Wende nicht mehr mit der eigenen Geschichte ins Gericht gegangen. Einen Kniefall, eine Entschuldigung, wie ihn die Nationalkonservativen in Polen verlangen, wird man von einem russischen Führer kaum erwarten können, zumal die Sowjetunion damals ja als Sieger vom europäischen Schlachtfeld ging. Indes war ein solch klares Stellungsbeziehen wie das von Putin in Danzig seit der Wende aus Russland nicht zu hören. Nun wäre es vielleicht an den Polen und den anderen Völkern, ihrerseits zu beweisen, dass sie sich in die Sichtweise anderer hineinversetzen können. Sie könnten zum Beispiel nachvollziehen, dass es einem Volk, dessen Armee einen derartigen Blutzoll im Krieg zu zahlen hatte wie die Rote Armee, widerstrebt, eine moralische Diskreditierung eben jenes damaligen Heerführers hinzunehmen, noch zumal auf Drängen anderer.

Bei all diesen Problemen einfach aufs Vergessen und auf die neuen Generationen zu bauen, greift zu kurz: Ressentiments pflanzen sich fort. Maya Schönfelder hat auf ihrer Reise durch die Region bei Begegnungen mit jugendlichen „Couchsurfern“ vor allem

Klischees gefunden: Das von den Nachbarn und ihrem „So sein“ ohnehin, aber auch das des Nachbarn in seiner historischen Rolle, und das des Nachbarn von heute: „Der Russe“ war gestern schon an allem schuld und ist es heute wieder – in Georgien und anderswo (Seite 50)

Der Brief des russischen Premiers führte in Polen zu einigen wohlwollenden Expertenkommentaren bezüglich der „Sensibilität“, die er bewiesen habe, auch Genugtuung war zu spüren. Aber wirklich aufgegriffen wurde das Schreiben nicht; vom nationalkonservativen Präsidenten Lech Kaczynski sowieso nicht, aber auch nicht von Premier Donald Tusk. Warum nicht? Wäre man vor laufenden Kameras darauf eingegangen, wäre dies wohl auch den Russen nicht verborgen geblieben, die Putins Brief bezeichnenderweise daheim nicht zu lesen bekamen. Man hätte so vielleicht eine grenzübergreifende Diskussion ausgelöst – die unbedingt nötig ist, um sich endlich auch auf eine osteuropäische „Stunde Null“ zu einigen.





Juri Durkot

freier Journalist und
Publizist, Lemberg



Knut Elstermann

Journalist, Buchautor
(„Gerdas Schweigen“), Berlin



Christian Rohde

Redakteur frontal 21,
ZDF, Berlin



Irmhild Speck

Seminarleiterin Akademie
für Publizistik, Hamburg



Katja Tichomirowa

Redakteurin im Parlamentsbüro
der Berliner Zeitung

Medienpartner

JÜDISCHE ALLGEMEINE
WOCHENSCHRIFT FÜR POLITIK, KULTUR, RELIGION UND JÜDISCHES LEBEN

euro|topics



Jan Philipp Sternberg, geboren 1974 in Hamburg, ist Historiker, Redakteur der Märkischen Allgemeinen Zeitung in Potsdam und freier Autor. Er lebt in Potsdam.

Zum Zusehen verurteilt



Patrick Desbois, katholischer Seelsorger aus Frankreich, reist in die Länder der früheren Sowjetunion, um in abgelegenen Dörfern die letzten Zeitzeugen des Holocaust zu befragen. Der 54-Jährige sieht sich als Ermittler, der bisher unbekannte Massengräber aufspürt. In Frankreich ist der Priester inzwischen zum Medienphänomen geworden. Doch auch die Kritik an ihm wächst.

„Für die anderen war es noch schlimmer“, hatte der Großvater von Patrick Desbois immer gesagt. Mehr nicht. Als französischer Kriegsgefangener war er im Zweiten Weltkrieg in ein deutsches Straflager in der Ukraine deportiert worden, nach Rawa-Ruska. Wer „die anderen“ waren, hatte der Enkel nie zu fragen gewagt. Und viel später erst verstanden, dass damit die Juden gemeint waren. Bei einem Besuch in Rawa-Ruska, dem damaligen Stalag 325, wurde Patrick Desbois bewusst: „Die französischen Kriegsgefangenen waren dazu verurteilt, Zeugen des Völkermords an den Juden zu werden. Sie waren dazu verurteilt, zuzusehen.“

An die zehntausend erschossenen Juden aber erinnerte nichts in Rawa-Ruska. Patrick Desbois begann, Fragen zu stellen. Er wollte diese Stätten finden. Die Erfahrung in Rawa-Ruska war der Beginn einer Recherche, die inzwischen acht Jahre andauert, in deren Folge Patrick Desbois und sein Team mit fast 900 Zeitzeugen gesprochen haben und Dutzende Stätten der Judenvernichtung in der Ukraine und in Weißrussland markiert haben. Die Geschichte von Desbois und seiner Organisation „Yahad – in unum“ (der hebräisch-lateinische Name bedeutet „zusammen“) ist die einer gewaltigen Kraftanstrengung, angestoßen durch die Familiengeschichte eines Priesters und befördert durch dessen Hartnäckigkeit.

Allein in der heutigen Ukraine brachten deutsche Truppen nach dem Einmarsch im Juni 1941 rund 1,5 Millionen Juden um, schätzt Holocaust-Experte Arno Lustiger. Es war kein industrieller Massenmord wie in den Vernichtungslagern auf polnischem Boden. Es war ein Holocaust durch Erschießen, durch lebendig Verbrennen, durch Erstickern. Und alles geschah im Blickfeld der Öffentlichkeit: auf Marktplätzen, Waldlichtungen, an Feldrändern. Die Teams (inzwischen gibt es mehrere) von „Yahad – in unum“ sprechen mit meist sehr alten Menschen. „Die Zeit ist stehen geblieben in diesen Dörfern, die Vergangenheit nicht vergangen“, sagt Desbois. „Manchmal hören die

Leute mitten im Gespräch auf und sagen: Ich darf nicht mit Ihnen reden. Dann haben sie Angst davor, nach Sibirien deportiert zu werden, oder sogar davor, dass die Deutschen zurückkommen.“ Seit Jahrzehnten hat diese Menschen keiner mehr über das Grauen befragt, das sie mit ansehen und bei dem sie manchmal auch helfen mussten.

In seinem Buch schildert Patrick Desbois solch eine Begegnung: „Plötzlich hält Petriwna inne, ihr Körper macht merkwürdige Bewegungen. Gestikulierend stößt sie hervor: ‚Wissen Sie, es ist nicht leicht auf Leichen zu gehen.‘ Augenblicklich erkenne ich, dass sie Unsägliches mitzuteilen versucht, ihr ganzes Leid. Sehr ruhig frage ich sie: ‚Sie mussten auf den Leichen der Ermordeten gehen?‘ Sie erwidert: ‚Ja, um sie zu stampfen. Wir waren dreißig junge Ukrainerinnen, die die Leichen der Juden mit bloßen Füßen fest trampeln und mit einer dünnen Schicht Sand bedecken mussten, damit sich die anderen Juden darauf legen konnten.“

Solch grauenvolle Details über den Holocaust in der Sowjetunion und die makabren Verpflichtungen der örtlichen Bevölkerung waren bisher unbekannt. In den deutschen Akten tauchen sie nicht auf und die Quellen der sowjetischen Sonderkommissionen, die direkt nach Kriegsende die Dorfbewohner befragten, wurden von westlichen Historikern nicht ausgewertet. Oft sind noch nicht einmal die Erschießungen vermerkt. Die Zeitzeugen erzählen auch von jüdischen Zwangsprostituierten bei den örtlichen deutschen Dienststellen. Sie erinnern sich an ihre Namen und daran, wie auch diese Frauen schließlich mit dem Lastwagen in den Wald gefahren wurden und nicht wiederkamen. „Ich nehme keine Beichten ab“,

sagt der Priester Desbois, „ich arbeite wie ein Kriminalist.“ Drei Zeugen müssen unabhängig voneinander eine Tatsache bestätigen. Erwähnen sie einen Erschießungsort, werden sie dorthin gefahren. „Dort erinnern sie sich meist an alles“, sagt Desbois. Und es gibt die Patronenhülsen der Deutschen, die gesammelt und gezählt und von Desbois gerne als handfeste Beweise vorgezeigt werden.

Neue Dimension des Völkermordes

„Der vergessene Holocaust“ heißt Desbois’ Buch in der deutschen Übersetzung. Ein sehr selbstbewusster Titel, der für sich in Anspruch nimmt, dass ein Mann quasi im Alleingang eine unbekannte Seite eines Völkermords aufgedeckt hat. In Frankreich hat diese Behauptung für heftige Kritik gesorgt, die auch vor persönlichen Diffamierungen nicht zurückschreckte. Zu den harmloseren Kommentaren gehört ein Aufsatz der Historiker Christian Ingrao und Jean Solchany, die dem Priester vorwarfen, ihre Forschung nicht beachtet zu haben und zu stark das Rampenlicht zu suchen. Andererseits wurde Desbois bereits von Präsident Sarkozy zum Ritter der Ehrenlegion ernannt.

In Deutschland verteidigt der Berliner Holocaust-Forscher Michael Wildt den umtriebigen Priester: „Ich halte Desbois für einen ausgesprochen integren, engagierten Mann“, sagt der Lehrstuhlinhaber an der Humboldt-Universität. Einen „unbekannten Holocaust“ aber habe Desbois nicht entdeckt: „Das ist sicherlich ein Schlagwort, das der sensationellen Aufmachung des Buches seitens der Verlage oder seitens von Medien geschuldet ist.“ Die Shoah in der



Ukraine und anderen Teilen der Sowjetunion sei durchaus erforscht. Dennoch könnten die Ermittlungen des Priesters auch für Historiker für Bedeutung sein, erläutert Michael Wildt: „Was die Alten erzählen, nun, nachdem sie alt sind und viele der damaligen Mitwirkenden mittlerweile gestorben sind, ist eine Dimension der Shoah, eine Dimension der Mitwirkung auch der jeweiligen einheimischen Bevölkerung, die bislang noch nicht erforscht worden ist.“ Desbois habe neue Quellen erschlossen, die jetzt der historischen Aufarbeitung bedürften. So sieht es auch die ehrwürdige Sorbonne-Universität in Paris, die mit Desbois zusammen gerade ein gemeinsames Forschungszentrum zum Holocaust gegründet hat.

Acht Teams von „Yahad – in unum“ fahren dieses Jahr in die Ukraine und nach Weißrussland. Vorbereitet werden die Reisen von einer Büroetage in der Nähe des Pariser Nordbahnhofs. In dieser schäbigen

Ecke der Stadt, in einer ehemaligen großbürgerlichen Wohnung im Haussmann-Stil, sitzt unter anderem der junge Historiker Patrice Bensimon. Er hat in Moskau studiert, spricht fließend russisch und beschreibt, wie die Vorbereitung vor sich geht: „Eine wichtige Quelle für uns sind eben die Akten der sowjetischen Sonderkommissionen, von denen wir Kopien vom Holocaust-Museum in Washington haben, und die Ermittlungsakten aus der deutschen Zentralstelle in Ludwigsburg, die unser Mitarbeiter Andrej Umansky durchsieht. Wenn es Berichte über Hinrichtungsstätten gibt, schauen wir auf die Karten und planen unsere Reise. Und dann fahren wir los.“ Am Bildschirm zeigt Bensimon die sowjetischen Akten, seitenweise eng beschriebene Zeugenaussagen, in großer Eile handschriftlich zu Papier gebracht, „unglaublich anstrengend und langwierig zu lesen“, klagt er.

Doch die Zeit läuft den selbst ernannten Ermittlern davon. Auch in den baltischen Staaten und in Russland will Desbois bald tätig werden. So schnell wie möglich. „Wir müssen uns beeilen, bevor die Zeugen sterben“, sagt er. „Wenn die Zeugen tot sind, werden wir nie mehr herausfinden, wo die Juden sind – ihre Körper werden verschwunden sein. Heute kann man sie noch begraben, denn alle in der Nachbarschaft wissen, wo sie liegen.“

Foto (links): Patrick Desbois (hinten, stehend mit Mütze) bei der Suche in Chwatiw, Ukraine
Foto (rechts): Zeitzeugin Jewgenia Nasarenko aus Busk/Ukraine

Denn es geht ihm vor allem darum, den Opfern des Völkermordes Gräber zu geben. Für die deutschen Soldaten, die im Zweiten Weltkrieg an der Ostfront fielen, ist das dank der Arbeit des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge bereits zum großen Teil geleistet. Erstmals unterstützt das deutsche Auswärtige Amt dieses Jahr auch Desbois mit 500.000 Euro.

Die Bundesregierung scheint damit erkannt zu haben, dass die Ermittlungen eines französischen Paters auch ein politisches Versäumnis aufgedeckt haben. „Während jeder gefallene deutsche Soldat ein Grab auf einem Soldatenfriedhof erhält, liegen die ermordeten Juden in unmarkierten Massengräbern, vergessen zwischen Wäldern und Feldern“, kritisiert Jan Henrik Fahlbusch, Mitarbeiter von „Yahad – in unum“ in Deutschland. „Wir als Nachgeborene stehen in der Pflicht, den Opfern eine würdige Grabstätte zu kommen zu lassen. Das muss eine politische Priorität für die nächste Bundesregierung sein.“

Patrick Desbois: Der vergessene Holocaust. Die Ermordung der ukrainischen Juden. Eine Spurensuche. Berlin Verlag 2009, 352 Seiten, 22,90 Euro.



Held des Westens – Feind des Ostens



Oleksiy Kachmar, geboren 1981 in Boryslaw bei Lemberg, Wirtschaftsstudium. Gründer der Lemberger Künstlergruppe „Nerozdilna Zdatnist“. Diverse Projekte rund um Fotografie und zeitgenössische Kunst: Kurator bei „Ukraine NOW“, Autor von „Interiors“, „Voices of the past“, „Terra Futura“ und vieles mehr.



Björn Jungius, Jahrgang 1976, als Freiwilliger in der Gedenkstätte Majdanek. Politologiestudium in Berlin und New York. Seit 2004 ist er Redakteur bei Plotki, Zeitschrift für Mittel- und Osteuropa. 2006–2008 Deutschlehrer, Übersetzer und freier Journalist in Prag. Derzeit Redakteur des Plotki-Projekts „Belarus Inside Out“.



Lenin, Marx und Engels haben ausgedient. Doch die Menschen in Mittel- und Osteuropa suchen neue Identifikations-Figuren. Auf den Sockel werden nicht selten Nationalistenführer aus der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts gehoben, die allseits zwischen Ostsee und Schwarzem Meer die Massen bewegten. Oft aber haben diese Figuren einen Januskopf: Die Kämpfer für die nationale Sache traten gern die Anliegen anderer Nationen mit Füßen. Und mit den großen Verbrechern jener Zeit, von Hitler bis Stalin, bildeten sie gern Zweckbündnisse – um dann doch in ihren Lagern und Gefängnissen zu landen. Der ukrainische Nationalist Stepan Bandera ist genau so eine Figur.

Keine Gedenktafel erinnert an das, was geschah. Der Schauplatz einer der spektakulärsten politischen Morde der frühen deutschen Nachkriegsgeschichte ist eine ruhige Nebenstraße in der Münchner Maxvorstadt, ein hässlicher Nachkriegsbau. Am 15. Oktober 1959 liegt hier der leblose Körper eines 1,54 Meter kleinen, nahezu kahlköpfigen Mannes um die 50 im Treppenhaus. Bei der Obduktion des Leichnams finden sich Zyankali-Spuren. Zwei Jahre rätselt die Mordkommission. Dann stellt sich ein junger Mann dem amerikanischen Geheimdienst in West-Berlin, bittet förmlich um seine Verhaftung. Er bezichtigt sich des Mordes von München. Man hält ihn für einen Wichtigtuer. Doch zu genau erklärt er die Planung und Ausübung der Tat, beschreibt das Mordwerkzeug: eine Blausäurepistole, eine Waffe wie aus einem James-Bond-Film. Der junge Mann, 28 Jahre alt, ist der ukrainischstämmige KGB-Agent Bohdan Staschynskij. Seine Liebe zu einer ostdeutschen Frau hat ihn an seiner Agententätigkeit zweifeln lassen, zugleich Misstrauen bei seinen Moskauer Vorgesetzten erregt. In Todesangst übergibt er sich der Obhut der Westbehörden.

Sein Opfer: Stepan Bandera, Führer der Organisation Ukrainischer Nationalisten (OUN) und Symbolfigur des blutigen ukrainischen Unabhängigkeitskampfes. Seit fast genau fünfzig Jahren liegt er nun auf dem Münchener Waldfriedhof. Bandera? Die Passanten, die gemessen die sandige Allee entlang flanieren, können mit dem Namen nichts anfangen.

In seiner ukrainischen Heimat dagegen ist „Bandera“ ein Reizwort. Keine andere Figur der jüngeren Geschichte polarisiert mehr. Im Westen ist er ein vielfach in Bronze gegossener Nationalheld. Im Osten und Süden sieht man ihn hingegen als Verkörperung des Bösen, als Bandit und Vaterlandsverräter. Oder gar als Mörder, Faschist, Nazi-Schergen. Ein Bandera-Denkmal? Hier wäre es undenkbar.

Foto (vorherie Doppelseite): Bandera überall: Poster und Biographien in einem Buchladen in Lwiw
Foto (unten): Die Bandera Straße im Zentrum von Lwiw. Bereits 1991 wurde die Straße, vormals „Straße des Friedens“, umbenannt.



Nationalistisch schon als Kind

Woher dieser Gegensatz? Fest steht: In Banderas Biographie spiegeln sich die unterschiedlichen historischen Erfahrungen der Regionen. Am 1. Januar 1909 wurde er als Sohn eines griechisch-katholischen Priesters in einem kleinen westukrainischen Dorf geboren, etwa 80 Kilometer südlich von Lwiw (Lemberg), in einer Ecke Ostgaliziens, die nach Ende des Ersten Weltkrieges für kurze Zeit Teil der unabhängigen westukrainischen Republik war, bevor sie ans neu entstandene Polen fiel.

Banderas Mutter stirbt früh, sein Vater, Nationalist und politisch aktiv, beeinflusst ihn

früh. Von Kindesbeinen an verkehrt er in ukrainisch-nationalistischen Jugendorganisationen. Ihr Denken ist geprägt vom Verlust der Unabhängigkeit und der als Minderheitenfeindlich erlebten Politik der Polen. Traum der jungen Aktivisten: die Loslösung der ukrainisch besiedelten Gebiete (Ostgalizien, Wolhynien) aus dem polnischen Staat. Mit Anfang 20 war Bandera schon wichtiger Mann der OUN, hat sich dem bewaffneten „nationalen Befreiungskampf“ verschrieben. Kein Denker, kein großer Redner, ein Mann der Tat: radikal, kompromisslos, opferbereit. Mit 25 wird er als Drahtzieher des Mordes am polnischen Innenminister verhaftet, zunächst zum Tode, dann zu lebenslangem Zuchthaus verurteilt.

Seinen Prozess nutzt der junge Bandera als Bühne. Stets weigert er sich polnisch zu sprechen und beantwortet alle Fragen auf Ukrainisch – weshalb er wiederholt des Saales verwiesen wird. Dann verschwindet er hinter Gittern, bis er, völlig unverhofft, im Zuge der Zerschlagung Polens 1939 wieder auf freien Fuß kommt. Sofort setzt er seine politische Tätigkeit fort. Neuer Hauptfeind: die Sowjetunion, zu deren Territorium die Westukraine nun zählt. In den Nazis erblickt er einen Partner im antisowjetischen Kampf – und diese in ihm. Hier beginnt der kontroverseste und historisch umstrittene Teil der Geschichte: War es auch eine ideologische Partnerschaft? Waren die Männer um Bandera neben strikten Antibolschewisten auch überzeugte Antisemiten? Zumindest von Banderas engem Vertrauten Jaroslav Stetsko sind radikal antisemitische Äußerungen belegt.

Als die deutsche Wehrmacht im Juni 1941 die Sowjetunion überfällt, marschieren

in ihrem Rücken auch die – von Deutschen ausgebildeten – ukrainischen Bataillone „Nachtigall“ und „Roland“. Die Nazis wollen diese Hilfstruppen hinter der Front im Kampf gegen sowjetische Partisanen einsetzen. Bandera aber sieht in ihnen den Nukleus einer ukrainischen Armee. Für die Nationalsozialisten völlig überraschend rufen die Ukrainer gleich nach dem Einmarsch in Lwiw eigenmächtig die Unabhängigkeit aus. Zeitgleich spielt sich in der Stadt ein erster schrecklicher Pogrom ab, dessen genauer Hergang – insbesondere auch die Verstrickung und Beteiligung der organisierten ukrainischen Nationalisten – noch nicht umfassend rekonstruiert ist.

Von einer unabhängigen Ukraine freilich wollen die Deutschen nichts wissen. Also lösen sie die ukrainischen Bataillone auf, Bandera-Anhänger werden exekutiert. Er selbst kommt in den Zellenbau des KZ Sachsenhausen. An der Gründung der ukrainischen Aufstandsarmee (UPA) ist der Inhaftierte schon nicht mehr direkt beteiligt. Die hochorganisierte Truppe ficht unter Führung von Banderas frühem Mitstreiter Roman Schuchewytsch ab 1942 einen Krieg an vielen Fronten: gegen die Deutschen, gegen sowjetische



Foto: „Bandera – Held“: Graffito an einer Bushaltestelle in Luts'k

Partisanen und gegen Einheiten polnischer Untergrundarmeen. Ostgalizien und Wolhynien verwandeln sich in ein chaotisches, grausames Schlachtfeld. Unter Regie der deutschen Besatzer wird es zum Schauplatz des Massenmordes an den Juden, teilweise auch mit ukrainischer Komplizenschaft. Hinzu kommen Gemetzel von Ukrainern an Polen und umgekehrt. Insbesondere im Jahr 1943 werden der UPA in Wolhynien schwerste Übergriffe auf die polnische Zivilbevölkerung mit zehntausenden von Todesopfern zur Last gelegt.

Nach dem Rückzug der Deutschen ficht die UPA bis in die 50er Jahre hinein in der Westukraine weiter für die Unabhängigkeit und gegen die Zugehörigkeit zur Sowjetunion. Zielscheibe ist jeder, der in irgendeiner Form den Sowjetstaat repräsentiert – zum Beispiel auch die jungen Lehrerinnen und Lehrer, die aus der östlichen Ukraine in den Westen geschickt werden, um dort auf Russisch zu unterrichten. Menschen in der Ostukraine erinnern sich daran bis heute. Bandera selbst bleibt im deutschen Exil – in der Sowjetunion mittlerweile in Abwesenheit zum Tode verurteilt, von der Sowjetpropaganda auch nach seiner Ermordung als Faschist und Verantwortlicher des Widerstandes verteufelt.

Seit der Wende indes erlebt Bandera eine Wiedergeburt – vor allem im Westen der Ukraine. In Lwiw etwa ist er allgegenwärtig. Populäre Biographien stapeln sich in

den Buchhandlungen, die Souvenirkhändler rund um den alten Markt verkaufen T-Shirts und Poster mit Aufdrucken seines bekanntesten Porträts – Mitte 20 ist er wohl, Schlips, Geheimratsecken, stechender Blick. Selbst zwischen den schrillen Buttons von Sponge Bob, Tokio Hotel und der populären russischen Popsängerin Glukoza lugt sein Konterfei hervor.

Ein wenig abseits des alten Marktes in Lwiw beginnt die Bandera Straße, an deren Ende sich das neue, 2007 eingeweihte Denkmal vor der einst polnisch-katholischen Elisabeth-Kirche erhebt. Vor einem 30 Meter hohen Triumphbogen samt goldenem ukrainischen Dreizack steht er überlebensgroß auf einem drei Meter hohen Granitsockel. Leicht könnte der neue Bandera als ein dem Abriss entgangener Lenin durchgehen. Vor dem Denkmal liegen wetterfeste blau-gelbe Plastikrosen und gleichfarbigen Schleifen, gewidmet „dem Nationalhelden der Ukraine“.

Bandera-Kritik unerwünscht

Wieso überall Bandera? „Bandera hat uns gelehrt, dass wir eine ukrainische Nation mit unserem eigenen, unveräußerlichen Recht auf einen Staat sind“, sagt Mikola Posiwnych, 28. Der junge Mann arbeitet für den Verlag Litopys UPA, der Quellen und Memoiren über die Geschichte der UPA veröffentlicht. Er wurde 1972 von UPA-Veteranen in

der kanadischen Diaspora gegründet; heute bemüht er sich, Bandera und den Kampf der UPA landesweit zu popularisieren.

Auf Kritik an ihrem Helden reagieren die Bandera-Anhänger empfindlich. Meist wird sie negiert. Stepan Lesiw, 34, Direktor des im Jahr 2000 in Banderas Geburtsörtchen errichteten Bandera-Museums, sagt, angesprochen auf die Übergriffe der UPA auf polnische Zivilisten: Ja, es habe „Vorkommnisse“ gegeben, aber schließlich war Krieg. Von Provokationen der Polen spricht er dann und von „Lügen“ der Russen, die alles täten, um dem Image der Ukraine Schaden zuzufügen. Von einer kritischen Aufarbeitung der Schattenseiten der Nationalbewegung ist man hier noch weit entfernt.

Der blühende Devotionalienhandel, das monumentale Denkmal, das Dorfmuseum – all dies sind Stücke im komplizierten Puzzle eines regen nationalen Selbstfindungsprozesses in der Westukraine. Wichtig scheint dabei die Abgrenzung zu Russland. Damit einher geht auch eine Umdeutung des Zweiten Weltkriegs; scharf wird das Bild von der Roten Armee als Befreier der ukrainischen Gebiete in Frage gestellt. Als Gegenfigur eignet sich Bandera wohl auch, gerade weil ihn die Sowjetpropaganda so über alle Maßen verteufelte. Schon als im Oktober 1989 erste Versuche unternommen wurden, des Nationalisten-Führers in dessen Geburtsort zu gedenken, fühlte sich die Sowjetmacht herausgefordert; Polizei füllte damals die Dorfstraßen, erinnert sich Museumsdirektor Lesiw.

Weiter östlich will sich indes keiner mit Bandera-Emblemen schmücken: Tscherkassy. 291.000 Einwohner, gelegen am Dnjepr,

der dort zu einem gewaltigen See gestaut wurde. Das gegenüberliegende Ufer verschwimmt im fernen Dunst von Wasser und Himmelblau. Die Statue „Mutter Heimat“ blickt hoch auf dem „Hügel der Ehre“ über den gewaltigen Strom, gewidmet den gefallen Sowjetsoldaten. 1943-44 tobte dort eine furchtbare Kesselschlacht. Ständig versammeln sich heute frisch getraute Hochzeitspaare vor dem Wahrzeichen der Stadt: Das Foto-Shooting vor dem Monument ist obligatorisch.

Das Lenin-Denkmal vor dem Rathaus dagegen wurde im November vergangenen Jahres abgerissen, 17 Jahre nach der Unabhängigkeit, vorsichtshalber nachts. Einige Leute kamen, protestierten, vor allem ältere Menschen, Rentner. Randalisiert wurde nicht. Die Protestler können mit dem neuen Nationalismus nichts anfangen. Einige schimpfen, dass neuerdings per Gesetz russische Spielfilme ukrainische Untertitel haben müssen: „Jetzt tun sie schon so, als ob wir kein Russisch mehr verstehen.“ Bandera? „Pfui, der war doch ein schlimmer Nationalist.“ Soll heißen: Auf jeden Fall keiner von uns. Zwar verstehen sich die Menschen auch hier als Ukrainer, nicht als Russen, doch der russischen Kultur fühlen sie sich nach wie vor verbunden. „Nationalismus“ ist für sie das Unwort schlechthin, „Banderowec“ ein geflügeltes (Schimpf-) Wort.

Ein Land, zwei Geschichtsbilder

Die moderne Ukraine, schreibt der Historiker Andrij Portnow, 30, zeichne sich derzeit durch ihren ganz eigenen Pluralismus aus. Dieser bestehe aus der Wechselwirkung verschiedener Geschichtsbilder, jedes für sich

genommen relativ einseitig und autoritär. Doch gerade die Existenz mehrerer regionaler Zentren mit jeweils eigener Sicht auf die Geschichte verhindere, dass eines dieser Bilder die gesamte Ukraine dominiert.

Anders gesagt: Die nationalistische Sicht auf die Geschichte bleibt nicht unwidersprochen. Dafür sorgt schon das tendenziell eher pro-sowjetische Geschichtsbild im Süden und Osten des Landes, in Tscherkassy und anderswo. Das Erstaunliche: Beide Seiten scheinen dies zu akzeptieren. Nur vorläufig? Niemand weiß es.

„Möglicherweise sind die Nationalisten gerade deshalb so aktiv, weil sie merken, dass ihnen die Zeit davonläuft. Ihre Art, Geschichte zu interpretieren, wird durch den demokratischen Diskurs mehr und mehr herausgefordert“, glaubt Tarik Amar, 40, in Princeton promovierter Historiker. Amar ist Direktor des Museums für Stadtgeschichte Ostmitteleuropas in Lwiw. Sein Institut will junge, qualifizierte ukrainische Historiker im Land halten, ihnen ermöglichen, auf höchstem Niveau zu arbeiten. Eine neue Generation ukrainischer Geschichtswissenschaftler beginne bereits damit, die „weißen Flecken“ auf der Landkarte allzu eindimensionaler Erinnerungen zu füllen. „Am Ende“, hofft Amar, „könnte ein höchst komplexes Bild von unserer Geschichte stehen.“

Bandera lehnt er als Identifikationsfigur ab: „Er ist kein Symbol der Einheit. Die Ukraine ist ein riesiges Land, sie zu durchreisen dauert ewig. Vielleicht sollten die Leute eher neue Straßen bauen, um die Menschen in West und Ost zu verbinden, anstatt eine neue Geschichte zu schreiben, die nicht von allen akzeptiert wird.“





Uwe Rada, geboren 1963 in Göppingen, lebt seit 1983 in Berlin. Redakteur der taz. Zuletzt erschienen bei Siedler „Die Oder. Lebenslauf eines Flusses.“ 2010 folgt eine Biographie über die Memel.

Foto (c) Inka Schwand

Drei Völker, drei Erinnerungen



Litauer, Juden, Polen: Im ehemaligen „Jerusalem des Nordens“ gibt es so viele Erinnerungen an den Zweiten Weltkrieg, wie es Nationalitäten gibt. Eine gemeinsame Erzählung des Vergangenen ist nicht erkennbar.

„Die Täter waren Nazis und ihre örtlichen Helfer.“ Der Satz, so einfach und doch so schwierig, steht am Denkmal für die getöteten Juden von Vilnius (deutsch Wilna) in Ponar. „Ihre örtlichen Helfer“, liest Fania Brancovskaja kopfschüttelnd vor. „Das hat viele Wege gemusst, um hinzuschreiben die zwei Wörter.“ Für die 87-jährige Jüdin ist die Erinnerung an den Holocaust und den Widerstand gegen die Nazis zur Lebensaufgabe geworden. Noch immer aktuell ist die Debatte um die Verantwortung der litauischen Kollaborateure.

70.000 Juden wurden zwischen 1941 und 1944 in Ponar, einem Ort südwestlich von Wilna, erschossen – unter Beteiligung litauischer Einheiten. In der sowjetischen Zeit suchte man auf dem Denkmal in Ponar vergeblich nach dem Hinweis, dass dort Juden ermordet wurden. „Die Opfer, so stand es da, waren unschuldige sowjetische Bürger“, erzählt Brancovskaja. Erst im demokratischen Litauen wurde ein entsprechender Hinweis angebracht. Noch schwieriger war die jüngste Änderung im Gedenken an die Opfer von Ponar. Doch nun steht es da, schwarz auf weiß: Die Täter waren die Nazis und ihre örtlichen Helfer.

Siebzig Jahre nach seinem Beginn ist die Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg in der litauischen Hauptstadt noch immer geteilt. Für die polnische Minderheit beginnt der Krieg am 17. September 1939. Zweieinhalb Wochen nach dem deutschen Angriff auf Polen marschierte die Rote Armee im Osten des Landes und damit auch im Wilnaer Gebiet ein. Zuvor waren am 23. August mit der Unterzeichnung des



Foto (vorherige Doppelseite): Fania Brancovskaja setzte die Erinnerung an litauische Kollaboration beim Massenmord durch Foto (links unten): Haftstrafe für Historiker? Geschichtswissenschaftler Nikžentaitis fürchtet das neue „Wahrheitsgesetz“

Hitler-Stalin-Pakts und seinem geheimen Zusatzprotokoll die Einflussphären in Mittel- und Osteuropa aufgeteilt worden.

Mit Wilna aber schien Stalin zunächst nichts anfangen zu können. Kaum erobert, gab er die Stadt den Litauern als Hauptstadt zurück – ein Danaergeschenk, wie sich später erweisen sollte, denn am 15. Juni 1940 kamen die Sowjets erneut, und Litauen wurde mit Wilna Teil der Sowjetunion. Dass die Litauer die alte und neue Hauptstadt aus der Hand der Russen empfangen haben, darüber spricht man heute nicht so gern in Wilna. Umso mehr dagegen wird die Erinnerung an den 15. Juni 1940 wach gehalten. Mit der ersten Besetzung durch die Sowjetunion, der 1944 kurz vor Kriegsende die zweite folgte, so das nationale Narrativ in Litauen, begann die Zeit der Verfolgung und Unterdrückung, die erst mit der Unabhängigkeit 1991 endete.

Für die Juden schließlich war die entscheidende Zäsur der deutsche Einmarsch am 22. Juni 1941. Zwei Monate nach der Besetzung Wilnas durch die Deutschen wurde das Ghetto rechts und links der historischen „Deutschen Straße“ eingerichtet, in das auch Fania Brancovskaja ziehen musste. Schon zuvor waren Tausende im Wald von Ponar erschossen worden.

Drei Nationen, drei Daten, drei Erinnerungen. Diese Konkurrenz historischer Narrative lässt sich in einer optimistischen und einer weniger optimistischen Formel auflösen: Die optimistische stammt vom litauischen Dichter Tomas Venclova. Wilna, sagt er, könnte einmal ein Erinnerungsort für alle werden, die dort leben und gelebt haben, ein „Straßburg des Ostens“ also. Doch auch

das Kontrastbild wurde bereits bemüht: Wilna als litauisches Sarajewo – die Konkurrenz der historischen Erzählungen als Zerfallsprodukt der multikulturellen Stadt.

Straßburg oder Sarajewo? Für Alvydas Nikžentaitis ist das nicht nur abhängig von den Erzählungen der nationalen Minderheiten. Viel wichtiger sei die offizielle Geschichtspolitik der Litauer. „Kurz nach der Wende“, erinnert sich der Direktor des Historischen Instituts der Universität Wilna, „hat die litauische Erinnerungspolitik alle Ethnien umfasst.“ Historischer Bezugspunkt war das Großfürstentum Litauen, jener Staat, der seit dem 14. Jahrhundert in Personalunion mit dem Königreich Polen existierte, von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer reichte und Litauern wie Polen, Juden, Weißrussen und Ukrainern eine Heimat war. „Nun aber“, sagt Nikžentaitis, „erleben wir eine Renationalisierung der Erinnerung. Nicht mehr das Großfürstentum Litauen ist der Ausgangspunkt der offiziellen Erinnerungspolitik, sondern eine nationale Erzählung, die das litauische Erinnern in eine Opfererzählung presst, der die Sowjets als Täter gegenüber stehen.“

Geschichtsbild per Gesetz

Doch selbst das ist den Architekten nationaler Erinnerungspolitik noch immer zu wenig. Ein neues Gesetz soll verbieten, negativ über den Kampf der litauischen Partisanen gegen die Sowjetunion berichten zu dürfen. Von 1944 bis 1953, dem Jahr, in dem Stalin starb, kämpften noch immer 30.000 Partisanen in den Wäldern gegen die sowjetische Herrschaft. Nikžentaitis weiß, dass mit dem Gesetz schnell auch die Forschung ins Visier der Justiz geraten kann. „Wenn das Gesetz

beschlossen wird“, prophezeit er, „dann kann es sein, dass einer meiner Mitarbeiter ins Gefängnis muss.“ Einer seiner Kollegen arbeitet an einer Dissertation, in der untersucht wird, welche Opfergruppen es beim Partisanenkampf gab. „Das ist alles gut mit Fakten belegt, und das Ergebnis lautet: Die meisten Opfer gab es in der Zivilbevölkerung und nicht bei der Roten Armee. Es gibt also auch eine andere Seite der Wahrheit.“

Doch die kommt im offiziellen Erinnern nicht vor. Nicht weit von Nikžentaitis' Institut steht das ehemalige KGB-Gebäude. Heute beherbergt es das staatliche Museum für die Opfer des Genozids. Das erinnert aber nicht an die 220.000 Juden in Litauen, von denen nur 12.000 überlebt haben. Gewidmet ist es vielmehr den 140.000 Litauern, die während der ersten und zweiten russischen Besatzung nach Sibirien deportiert wurden, sowie den 20.000, die in KGB-Haft zu Tode kamen. Aber auch die Heldengeschichten kommen nicht zu kurz. Den Partisanen ist nicht nur der wichtigste Teil der Ausstellung gewidmet. Gegenüber dem Museum für die Opfer des Genozids soll demnächst auch ein Denkmal für die Partisanen errichtet werden – als vorerst letztes Wort der litauischen Erinnerungspolitik.

Sarajewo oder Straßburg? Für Czesław Okińczyc lautet die Zauberformel „Euroregion“. Okińczyc, einst Politiker, nun Anwalt, gehört zur polnischen Minderheit in Litauen, doch mit ihren offiziellen Vertretern hat er nicht viel zu tun. Als Abgeordneter im litauischen Parlament, dem Seimas, stimmte er 1991 für die Unabhängigkeit Litauens, das er auch als sein Land betrachtete. Die Mehrheit der Polen hatte im Referendum mit Nein votiert. Dass Czesław Okińczyc ein

Wanderer zwischen zwei Kulturen ist, zeigt schon sein Name. Manchmal schreibt er ihn auf Polnisch. Am Sitz seiner Anwaltskanzlei am noblen Gedimino-Prospekt prangt dagegen ein goldenes Schild, auf dem sein Name in litauischen Lettern steht: Česlav Okinčyc.

Nicht polarisieren will Okińczyc, sondern versöhnen. Bestes Beispiel dafür sei der litauische Kurort Druskininkai an der Memel, das, wie er es nennt, Baden-Baden von Litauen. „Neunzig Prozent der Kurgäste dort kommen aus Polen, doch keiner fordert mehr, dass Druskininkai dem polnischen Staat angeschlossen werden soll.“ Stattdessen würden die Belange der Region nun, so wie es in Europa Usus ist, in einer Euroregion besprochen. Für Okińczyc liegt das auch daran, dass die Themen der Gegenwart und der Zukunft die der Vergangenheit abgelöst haben: „Polen und Litauen sind in der EU, sie sind in der Nato, sie treiben Handel, da verschwinden viele Probleme von alleine.“

Zukunft, das ist auch das Thema von Indre Joffyte. Als Litauen 1991 unabhängig wurde, war sie neun Jahre alt. Nach und nach erfuhr Indre, dass ihr Vater aus einer jüdischen Familie stammte, aus einem Shtetl bei Plunge, das im litauischen Kuliai hieß und auf jiddisch Kool. Einmal im Jahr ging ihr Vater in den Wald. „Er besuchte dort ein Denkmal, das es schon zu Sowjetzeiten gab. Für ihn war es ein Ort der Stille.“ Es war der Wald von Ponar, jener Ort, der für die Ghetto-Überlebende Fania Brancovskaja zum Symbol der litauischen Erinnerung an den Holocaust wurde.

Es war nicht einfach für Indre, der jüdischen Geschichte ihrer Familie auf die

Foto (oben): Auch mein Land: Der Pole Czesław Okińczyc sieht sich als Pole und Litauer
Foto (unten): Von der Überraschung, Jüdin zu sein: Indre Joffyte entdeckte nach der Wende die Familiengeschichte neu

Spur zu kommen. „Mein Vater sprach nicht gern darüber, so wie auch sein eigener Vater nicht darüber reden wollte.“ Indres Großvater war Jude, ein litauischer Jude, ein Litwak, und er war neben seinem Bruder der einzige aus der Familie, der den Krieg überlebte. Doch Jiddisch hat er nicht mehr gesprochen, es war zu schmerzhaft für ihn.“ Wäre 1991 nicht die Unabhängigkeit gekommen, ist sich Indre Joffyte sicher, wäre sie heute eine ganz normale Litauerin, deren Familiengeschichte nach und nach vergessen worden wäre.

Doch die neue Zeit war auch die Zeit der Fragen. Litauen hatte sich nicht nur aus den Fesseln der Sowjetzeit befreit, es wurde auch mit unangenehmen Fakten konfrontiert. Warum haben so wenig Litauer Juden versteckt? Warum gab es so viele Kollaborateure, die den Nazis die Dreckarbeit abnahmen? Warum wurde in der Sowjetzeit über diese Themen geschwiegen? In Indres Familie wurde das Schweigen gebrochen, wenn auch langsam. „Mein Großvater hat zwar nicht über seine Geschichte gesprochen, doch irgendwann hat er jiddisch gekocht. Und kurz bevor er starb, hat er mir die Familienfotos gezeigt. So habe ich erfahren, dass er eine kleine Schwester hatte, die während des Krieges ums Leben kam, im Alter von 15 Jahren.“

„Heute“, sagt die 27-Jährige, „fühle ich mich eher als Jüdin denn als Litauerin“. Nach Israel will sie aber nicht auswandern. „Ich bin ein Litwak“, sagt sie und der Stolz darauf ist nicht zu überhören. Auch wenn Litwaks wie Barbara Streisand oder Woody Allen heute über alle Winde verstreut leben, hätten sie ihre litauischen Wurzeln nie vergessen – und auch nicht ihre Sprache, das

Jiddische. Auch Indre Joffyte hat Jiddisch gelernt, am Jiddischen Institut der Universität Wilna, an der Fania Brancovskaja die Bibliothek betreut. Inzwischen hat sie dort sogar einen Job bekommen – als Koordinatorin des alljährlichen Sommerprogramms, bei dem Studierende aus aller Welt zusammenkommen, um die Sprache ihrer Eltern oder Großeltern verstehen zu lernen.

Erinnerung, das ist für Indre Joffyte weniger eine Sache der Politik als die der Sprache. „Noch immer ist die Emigration unter den 5.000 Juden nach Israel sehr stark“, beklagt sie. Zwar gibt es in Wilna eine jüdische Schule. Aber die unterrichtet Jiddisch nur für die, die es wollen. Die Hauptunterrichtssprache ist Hebräisch. Das ist auch der Grund, warum viele Schüler nach ihrem Abschluss nach Israel wollen. Die meisten besuchen die Schule, um auszuwandern und nicht, um hier zu bleiben.“ Indre Joffyte aber will bleiben, in einer multikulturellen Stadt. Das Sommerprogramm des Jiddischen Instituts ist für sie eine Art Kontrastprogramm zum neuen Nationalismus und einer ausschließlich litauischen Erinnerung an die Geschichte. „Da kommen sie von überall in die Stadt, aus New York, aus Polen, aus Deutschland und sogar aus Litauen.“





Ann-Dorit Boy, geboren 1981 in Greifswald. Studium Germanistik und Geschichte mit Schwerpunkt DDR-Geschichte, Master-Programm „Europäischer Journalismus“ in Brüssel und Henri-Nannen-Journalistenschule Hamburg. Seit März 2009 freie Journalistin in Moskau.



Erik Irmer, geboren 1976 in Finnland, aufgewachsen in Ludwigshafen. Studium der Soziologie und Politikwissenschaften, seit 2006 Ostkreuzschule für Fotografie. Abschluss mit einer Porträtarbeit über schwarze Deutsche.

Den Krieg ans Licht bringen



Jeden Sommer graben Zehntausende russische Schüler nach den Gebeinen ihrer Weltkriegsvorfahren. Bis heute liegen sie überall im Land namenlos in der Erde

Der Knochen, den Katja aus der feuchten Erde zieht, ist gut 20 Zentimeter lang, dünn und leicht gebogen. Die zierliche 14-Jährige in einer grünen Tarnjacke begutachtet ihren Fund mit einer Mischung aus Ekel und Neugier. „Ist das vom Menschen?“, fragt sie laut. „Ja, eine Rippe.“ Katjas Lehrer Alexander Kolessow antwortet kurz und leise. Behutsam bettet er den Knochen auf ein Stück Plastikfolie neben andere Rippen, einen Oberschenkel, einen abgebrochenen Oberarm. Was sie hier zusammentragen, war einmal ein Mensch: Soldat, Zivilist, vielleicht auch mehrere.

In Schigri, einem 18.000-Einwohner-Städtchen 500 Kilometer südlich von Moskau, liegen hunderte, vielleicht tausende Tote in der Erde. Unweit tobte 1943 die Panzerschlacht von Kursk, eine der entscheidenden Niederlagen der Deutschen im Zweiten Weltkrieg. Zwei Jahre zuvor hatten deutsche Soldaten Schigri besetzt. Im Schulgebäude richteten sie ein Lager für Kriegsgefangene ein, ließen Stacheldraht spannen und Wachtürme errichten.

An diesem feuchten Julimorgen, 68 Jahre später, sind Katja und ihre Klassenkameraden früh aufgestanden, um nach den Toten des Lagers zu suchen. Auf dem Sportplatz hinter der Schule, unter einem rostigen alten Basketballkorb, haben sie eine Grube ausgehoben, sieben Meter lang, anderthalb Meter tief. Mit hohen Stiefeln und gehäkelten Baumwollhandschuhen hocken die Achtklässler im nassen Erdloch und stochern. Pferdeknöchel holen sie aus dem schmatzenden Boden, eine Flasche, einen Topf, ein Stück Mensch. Es ist wie eine Schatzsuche unter Pfadfindern, nur dass in dieser Grube nicht gelacht werden darf, sonst schaut Lehrer Alexander mahnend und traurig herüber.

Rund 40.000 russische Jugendliche ziehen regelmäßig in den Sommerferien auf die ehemaligen Schlachtfelder des Zweiten Weltkriegs und zu den Massengräbern der Lager. Mit Spaten und Metalldetektoren

Foto (vorherige Doppelseite): Bild ausgestellt von Chanapi Kubanow, einem 1942 gefallenen Artilleristen, den man 1991 in Schigri fand. Auf dem zweiten Bild Kubanows Witwe, die an die Fundstelle reiste.

suchen sie nach Gebeinen von Gefallenen. „Poiskowoje dwischenije“, „Suchbewegung“ nennt sich das Phänomen, die einzelnen Gruppen tragen oft patriotische oder militärische Namen wie „Kampf“, „Sieg“, „Schlacht“ oder „Hoffnung“. Katjas Gruppe, die aus einem winzigen Dorf am Nordrand des Kursker Oblastes nach Schigri gereist ist, nennt sich „Bürger Russlands“.

Eine Schule fürs Leben

Der Sieg der Roten Armee über den Faschismus ist der ganze Stolz des Landes. Er hielt den Vielvölkerstaat schon zu Sowjetzeiten ideell zusammen, er tut es noch heute. Kein Feiertag ist wichtiger als der 9. Mai, der Tag des Sieges gegen die Deutschen, den die russische Regierung stets mit einer protzigen Militärparade auf dem Roten Platz begeht. An den Zweiten Weltkrieg, der in Russland „Großer Vaterländischer Krieg“ heißt, erinnern überall im Land monumentale Mahnmale, Heldendenkmäler und Hunderte Museen. Unzählige ewige Feuer brennen in den Provinzstädten zu Ehren des unbekannten Soldaten.

Aber eben ihn, den unbekannten Soldaten, den einfachen Gefallenen, hat der Staat fast vergessen. Bis zu 8,5 Millionen Rotarmisten sollen nach amtlichen Angaben im Zweiten Weltkrieg ums Leben gekommen sein. Sie wurden von Josef Stalin als menschliches Material verheizt und oft ohne Erkennungsmerkmale in Massengräbern verscharrt. Während des Krieges wurde kaum aufgezeichnet, wo ein Soldat gefallen und begraben ist (zu den Schwierigkeiten mit den korrekten Opferzahlen siehe auch Artikel „Zwischen allen Fronten“ in diesem Heft, Seite 72).

„Man weiß vom Weißen bis zum Schwarzen Meer nicht, wo einer liegt“, sagt Igor Zukanow bitter. Das mache die Suche so schwierig. Der 50-Jährige ist Leiter und Anführer von 600 jugendlichen Suchaktivisten im Oblast Kursk. Er hat die regionale Bewegung vor 20 Jahren gegründet, früher leitete er im selben Gebiet die kommunistische Jugendorganisation Komsomol. In der Sowjetunion war die Suche nach den Gefallenen Sache des Bildungsministeriums, damals wie heute gingen unausgebildete Schüler mit dem Spaten ans Werk. In Moskau gibt man kleine Handbücher heraus, um den Jugendlichen die praktische Arbeit zu erklären.

Igor Zukanow ist von diesem Konzept überzeugt. „Eine Schule fürs Leben“, sei die Suchbewegung, wichtig für die seelisch-moralische und für die staatsbürgerliche Erziehung der Heranwachsenden. Mit einem nagelneuen weißen Lada brettet er zwischen den Grabungsstellen seiner „Kinder“, wie er sie nennt, hin und her. Tarnfleck trägt er selbstverständlich, wie alle Mitglieder der Suchbewegung, eine getönte Sonnenbrille und Herrensandaletten.

Weil Zukanow diesmal deutsche Gäste im Auto hat, hält er vor dem Gelände des deutschen Soldatenfriedhofs von Kursk-Besedino. Auf einem weiten Rasenareal stehen wie hingestreut hier und da jeweils drei steinerne Kreuze. Darunter liegen fein säuberlich in Einzelsärgen die Gebeine von 21.000 Wehrmachtssoldaten. „Die Deutschen haben eine ganz andere Arbeit als wir“, sagt Zukanow. „Die wissen genau, wo die Friedhöfe und die Gräber der Soldaten liegen.“ Die Wehrmacht hat zahlreiche Pläne und Verzeichnisse ihrer Grabstätten hinterlassen. Seit Anfang der 90er Jahre

sucht der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion die Gebeine der Gefallenen und bettet sie auf Zentralfriedhöfe um. Kursk ist bereits der 21. Friedhof, er wird im Oktober eröffnet, vielleicht sogar im Beisein des Bundespräsidenten.

Soviel staatliche Aufmerksamkeit, solch straffe Organisation wünscht sich auch Juri Smirnow, der Vorsitzende der Union der russischen Suchgruppen. „In Russland heißt es immer, die Erinnerung ist wichtig, aber unsere Regierung unterstützt uns absolut nicht genug“, klagt er. Die Bewegung werde zwar offiziell vom Bildungsministerium unterstützt, habe aber keinen Einfluss und Geld habe es auch nur einmal gegeben, das war 1995. Dass die russische Armee seit drei Jahren selbst mit einem kleinen Suchbataillon nach Gebeinen gräbt, kann Smirnow ebenfalls nicht freuen. Lachhaft und ineffektiv seien die, findet der Moskauer, vor allem weil sie nicht mit den erfahrenen jungen Leuten aus den Suchbewegungen zusammenarbeiten wollen. Aber so sei das eben in Russland: „Unser Staat beschäftigt sich lieber mit grandiosen Projekten, als mit der Wirklichkeit.“

Das Dekret des Präsidenten

Zu den neuesten Projekten des Präsidenten Dmitrij Medwedjew gehört eine Geschichtskommission aus ehemaligen Militärangehörigen und Wissenschaftlern, die verhindern soll, dass die eine, offizielle Version der russischen Historie „verfälscht“ wird. Unlängst gab er ein Dekret heraus, nach dem die öffentliche Verunglimpfung der Roten Armee mit Geldbußen oder Gefängnis bestraft wer-

den soll. Der Präsident will mit dieser Initiative wohl vor allem die baltischen Staaten in die Schranken weisen, mit denen man sich seit Jahren über die Geschichtsinterpretation streitet. In Tallinn, Riga und Vilnius werden die Rotarmisten eher als Besatzer denn als Befreier gehandelt.

Zeichenlehrer Alexander Kolessow, der beim alten Schulgebäude in Schigri seinen Suchtrupp betreut, hat von dieser Initiative noch nie etwas gehört. „Im Sommer ist immer viel zu tun“, sagt er. Da sehe man kaum fern auf dem Land. Und selbst wenn er es gesehen hätte, der freundliche 54-Jährige mit dem dunklen Schnauzbart hätte sich wohl eines Urteils enthalten. „Das ist deren Sache“, sagt er nach kurzem Zögern. Seine Sache ist es, den Kindern die Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg zu vermitteln. Zuerst lernen sie im Unterricht, wie sich die Schlachten zugetragen haben, wie heldenhaft die Soldaten die Heimat verteidigt haben, dann bringt er sie an die Orte der Vergangenheit. „Die Kinder lernen bei der praktischen Arbeit noch viel besser als aus Büchern“, ist Kolessow überzeugt.

Vor allem macht den Pubertierenden das Lagerleben Spaß. Zwei Wochen dürfen Katja und ihre Freunde in einem Klassenzimmer auf Isomatten campieren, Jungs und Mädchen zusammen. „Sehr interessant“ finden sie die Sucharbeit, betuern die Schüler. In der Pause vor dem Abendessen sitzen sie beim Kartenspiel zusammen. Und warum ist so wichtig, die Gebeine zu suchen und zu begraben? „Wir machen das aus Dankbarkeit“, sagt Katja und dreht mit dem Finger eine braune Locke. „Die Soldaten sind gestorben und wurden vergessen. Wir versuchen ihnen ein neues Grab zu geben, damit sie in Frieden ruhen.“

Foto: Katja Rudnjewa, 14, und Rokselana Massnaja, 15, graben hinter der Schule von Schigri nach Knochen

Für alle „Bürger Russlands“ wäre es das Größte, ein richtiges, ein lesbares Medaillon zu finden. So nennt man die schwarzen Kapseln der Rotarmisten, in denen ein kleiner Papierstreifen mit ihren persönlichen Informationen steckte. Nur wenige haben die Medaillons getragen, manche wurden von den zahlreich marodierenden Grabräubern gestohlen und bei den restlichen kann man das Papier im Inneren nicht mehr entziffern, weil Feuchtigkeit durch den Schraubverschluss gedrungen ist. Von 10 500 Soldaten, die man in den vergangenen 20 Jahren im Oblast Kursk gefunden hat, konnten nur rund 1500 identifiziert werden.



Die Knochen aus der Grube hinter dem Schulgebäude von Schigri werden wohl namenlos bleiben. Nach dem Einsatz der Schüler lagert die örtliche Suchgruppe sie irgendwo in einem Schuppen ein. Bei der nächsten Gelegenheit sollen sie in einem der „Brudergräber“ des Ortes bestattet werden. So heißen die Massengruben auf den Dorffriedhöfen und am Straßenrand, wo unter einer großen Statue viele Gefallene und manchmal auch Zivilisten liegen. Einen zentralen Soldatenfriedhof für die Rotarmisten gibt es im Oblast nicht.

In der Vitrine im kleinen Stadtmuseum, zwischen rostigen Uniformknöpfen, und Gürtelschnallen, hat einer der vielen Unbekannten einen späten Ehrenplatz gefunden. Der Artillerist Chanapi Kubanow aus dem Nordkaukasus ist 1942 bei Schigri gefallen, 24 Jahre war er alt. Das Schwarz-Weiß-Bild zeigt einen ernsten jungen Mann im langen Mantel vor einer Fototapete mit Birkenstämmen. Museumsleiterin Musa Saizewa ist noch immer ein bisschen gerührt, wenn sie seine Geschichte erzählt.



Foto (links): Der Ertrag der Suchbewegung: Menschliche Knochen auf einer Plastikfolie

Foto (rechts unten): Viele russische Jugendliche verbringen einen Teil ihrer Sommerferien bei den Sucharbeiten

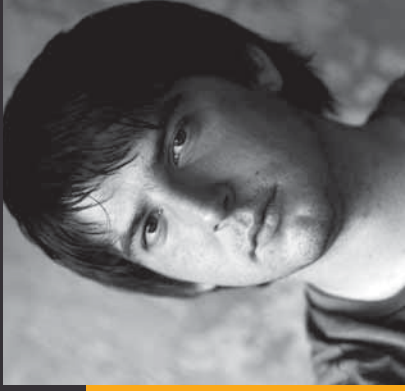
Gleich bei einem der ersten Sucheinsätze 1991 haben sie Kubanows Gebeine gefunden. Das Medaillon mit seiner Nummer hielt er in der knöchernen Hand. Kubanows Witwe und seine Schwester, alte Frauen mit Kopftüchern, eilten aus dem nordkaukasischen Kurort Kislowodsk nach Schigri, um mit eigenen Augen zu sehen, wo ihr Chanapi vor all den Jahren starb. „Das war ein ganz besonderer Tag für uns alle“, sagt Saizewa. In der Glasvitrine hat sie auch ein Bild von den Verwandten Kubanows aufgestellt.

Die winzige 79-Jährige mit dem grauen Topfschnitt hat als Mädchen die Besatzung im Oblast erlebt, 15 Monate lang gab es wenig zu essen und tägliche Angst. Später hat Saizewa als Russischlehrerin in Schigri gearbeitet. Seitdem sie im Ruhestand ist, kümmert sie sich nur noch um das Museum und unterstützt die Suchbewegung, wo sie kann. „Das wichtigste und teuerste, was wir haben, ist doch die Suche nach den Soldaten“, sagt Saizewa mit der energischen Stimme einer strengen, jungen Lehrerin. „Die Kinder müssen begreifen, dass hier ein Volk zu Recht seine Heimat verteidigt hat.“





Simone Böcker, geboren 1973 in Düsseldorf, freie Hörfunkjournalistin. Studium der Kulturwissenschaften in Spanien und Frankreich. Seit 2006 freie Korrespondentin in Sofia.



Dobrin Kashavelov, geboren 1986 in Gabrovo/Bulgarien. Studium der Bildenden Künste, Schwerpunkt Kino und Fernsehen. 2006 bis 2008 Fotograf bei der Bild-Nachrichtenagentur Bulfoto. Seit 2008 freier Fotograf mit besonderem Interesse an Foto-Journalismus.

Gerettet und doch verkauft



Die Auslieferungsverträge waren schon unterschrieben, die Mörder aus Deutschland standen schon bereit, die bulgarischen Juden in Empfang zu nehmen. Doch Widerstand der Bürger Sofias verhinderte den sicheren Tod für ihre jüdischen Mitbürger. Die schöne Geschichte von ihrer Rettung aber hat einen Haken.

Drei Steinplatten stehen hinter einer Kirche im Zentrum Sofias. Sie erzählen die Geschichte von Hanna Lorer, einer heute 80-jährige Dame mit kurzen weißen Haaren. Es ist ihre Geschichte und die von 50.000 anderen Juden, die den zweiten Weltkrieg überlebt haben. Wenige Hundert Meter entfernt liegt ein anderer, kleiner Gedenkstein auf dem Boden, eingerahmt von einer niedrigen Hecke. Er erzählt die Geschichte von Victor Mizrahi. Victor und seine Familie sind die letzten Mizrahis in Skopje, alle anderen sind im Konzentrationslager Treblinka ermordet worden, und mit ihnen rund 10.000 weitere Juden. Beide Geschichten gehören zusammen, auch wenn sie lange nicht zusammen erzählt wurden. Und bis heute fällt es in Bulgarien schwer, die Zusammenhänge dieser Ereignisse zuzugeben.



Die Geschichte von Hanna Lorer beginnt 1928. Sie kam im „Tal der Rosen“ zur Welt, in der Region Bulgariens, die für ihr Rosenöl berühmt ist. In der Stadt Kazanlak bewohnte ihre Familie ein Haus in „Klein Palästina“. So wurden die zwei, drei jüdischen Straßen genannt. Der Vater besaß ein Porzellangeschäft. Außer Juden gab es im Viertel auch Türken und Bulgaren. Man respektierte sich gegenseitig, besuchte sich zu religiösen Festen. Antisemitismus war kaum verbreitet. Es herrschte wie vielerorts Anfang des vergangenen Jahrhunderts die für das ehemalige Gebiet

Foto (vorherige Doppelseite): Hanna Lorer erzählt von früher
Foto (links): Hanna Lorer in ihrer Wohnung in Sofia | Foto (rechts unten): Porträt Hanna Lorer

des Osmanischen Reichs typische ethnische Toleranz. „Wir fühlten uns als bulgarische Bürger“, erzählt Hanna Lorer.

Ein letztes Schlagen des Türglöckchens

Ihre Kindheit erlebte sie als Idylle, in der es keinerlei Anzeichen dafür gab, was passieren sollte, nachdem Bulgarien 1941 dem Dreimächtepakt beigetreten und so zum Verbündeten Nazideutschlands geworden war. Im selben Jahr verabschiedete die Regierung das „Gesetz zum Schutz der Nation“. Die anti-jüdischen Verordnungen erkannten den Juden alle politischen Rechte ab, sie durften bestimmte Berufe nicht ausüben. Ehen mit nichtjüdischen Personen wurden untersagt. Die Juden von Sofia wurden aus der Hauptstadt ausgewiesen, die meisten Männer in Arbeitsbataillone gezwungen.

Die glückliche Kindheit war vorbei. Das wurde Hanna Lorer an dem Tag klar, als sie

mit ihrer jüdischen Freundin Lili zum ersten Mal mit dem gelben Stern am Revers zur Schule gehen musste. Es hatten sich auch schon faschistische Jugendorganisationen gegründet. Doch ihre Mitschülerinnen und die Klassenlehrerin umarmten sie: Ihr bleibt dieselben wie vorher. Für uns macht der Stern keinen Unterschied!

Dennoch begann die Zeit der Unterscheidung. Manchmal wurden auch Steine geworfen, Scheiben eingeschmissen, Hakenkreuze an Wände geschmiert. Nachbarn wendeten sich ab, gemeinsame Feste wurden nicht mehr gefeiert. Der Vater musste den Laden schließen, im Schaufenster das Schild: Jüdisches Geschäft. „Wir waren überrascht und enttäuscht. Es war, als wären wir aus einem langen Winterschlaf aufgewacht. Plötzlich war alles anders.“

1942 mussten auch die Juden aus Kazanlak ihre Stadt verlassen. Das große Haus, in dem Familie Lorer gewohnt hatte, die Bilder, die



Möbel, alles mussten sie zurücklassen. Das kleine Glöckchen über die Tür, das der Vater angebracht hatte, um Besucher anzukündigen, klingelte zum letzten Mal, als sie die Tür abschlossen und die Polizei sie abholte. „Ich weiß noch, wie ich dachte: Wie kann es sein, dass uns niemand hilft?“

Doch am Bahnhof, wo Viehwagons bereitstanden, um die Juden nach Nordbulgarien zu bringen, erlebten sie eine Überraschung. Bulgaren, Nachbarn, Freunde hatten sich eingefunden, um sie zu verabschieden. Sie steckten den Menschen Brot zu, Käse und Obst. Man weinte. Es war ein Trost für die Juden aus Kazanlak, dass den anderen ihr Schicksal offenbar doch nicht egal war.

Das Vorgehen gegen die Juden ließ vor allem die Menschen in Sofia nicht gleichgültig. Gleich mit den ersten anti-jüdischen Maßnahmen hatten sich Proteste in der Bevölkerung geregelt. Verbände von Intellektuellen, Handwerkern reichten Petitionen ein. Gleichzeitig bereitete die bulgarische Regierung die Auslieferung der 48.000 in Bulgarien lebenden Juden an die Deutschen vor. Im März 1943 sollte der erste Transport aus der südwestbulgarischen Stadt Kjustendil abgehen. Juden aus Kjustendil, die von dem Vorhaben erfuhr, wendeten sich Hilfe suchend an den von dort stammenden Parlamentsabgeordneten Dimitar Peschew. Es folgte ein Wettlauf mit der Zeit. Nach intensiven Debatten und Eingaben weiterer Abgeordneter wurde die Deportation schließlich ausgesetzt.

Im Verlauf der weiteren Monate setzte sich vor allem auch die Kirche für die Juden ein. Der orthodoxe Metropolit Stefan heftete sich den Davidstern an, nahm Juden in einem Gottesdienst in Schutz und ermahnte König

Boris III., die Judengesetze zu streichen und die Verfolgung zu beenden. Nicht ohne Erfolg: Bis zum Ende des Krieges hielt die Regierung die Deutschen hin. Am 31. August 1944, kurz vor dem Einmarsch der sowjetischen Armee, wurden die anti-jüdischen Gesetze aufgehoben. Die bulgarischen Juden waren gerettet.

Wenn Bulgarien seine Juden gerettet hat, wo ist dann meine Familie, fragt Victor Mizrahi. Der 58-Jährige sitzt in seinem Büro in der mazedonischen Hauptstadt Skopje. 84 Mitglieder der Mizrahis, einer uralten jüdisch-mazedonischen Familie, fanden in Treblinka den Tod. Die Älteste, Victors Mizrahis Großmutter, war 105 Jahre alt, der Jüngste ein Baby von wenigen Monaten.

Deutschland hatte Mazedonien und Nordgriechenland besetzt und anschließend als Gegenleistung an den Bündnispartner Bulgarien abgegeben. Der Deportationsstopp für die bulgarischen Juden aber galt nicht für die Juden aus Mazedonien und Nordgriechenland. Am 11. März 1943 trieben bulgarische Soldaten 11.384 Juden in Skopje zusammen. Man raubte ihnen ihr Hab und Gut, sperrte sie in Waggons, die Richtung Donau fuhren. Dort erwarteten sie die Deutschen. Victors Eltern überlebten nur, weil der Vater als Partisan in den Bergen kämpfte und untergetaucht blieb. Als sie am Ende des Krieges zurück nach Skopje kamen, war niemand mehr da. Familie, Freunde, Nachbarn, eine ganze Welt – verschwunden.

Eine der „effektivsten“ Säuberungen

„Es heißt, Bulgarien habe seine Juden geschützt, aber man muss auch davon spre-

chen, was hier bei uns passiert ist.“ Victor Mizrahi blättert in einem dicken Buch, darin ist die Geschichte der jüdischen Gemeinde in Mazedonien dokumentiert. In mühsamer Recherchearbeit wurde das jüdische Leben vor dem Krieg rekonstruiert: Wer hatte in welchem Haus gelebt? Wie groß war eine Familie gewesen, wie hießen die Mitglieder? Es war fast niemand übrig, der Zeugnis ablegen konnte. 98% der jüdischen Gemeinde waren von den Nazis ermordet worden. Die Auslieferung: Eine der effektivsten „Säuberungsaktionen“ der Nazigeschichte. „Die bulgarische Regierung ist verantwortlich für den Holocaust in Mazedonien“, sagt Victor Mizrahi.

Doch tut sich Bulgarien bis heute schwer damit. Albena Taneva, Soziologin an der Universität in Sofia mit dem Fachgebiet „Geschichte des Holocaust“ hat es sich zur Aufgabe gemacht, die Geschichte der Rettung der bulgarischen Juden bekannt zu machen. Auch in Bulgarien sei sie vielen nicht im Detail bekannt. Während des Kommunismus geriet die Rettungsgeschichte fast in Vergessenheit. „Kein Wort stand in den Geschichtsbüchern über die Rettung oder den Holocaust überhaupt. Ganze Generationen wurden nicht informiert.“ Erst nach der politischen Wende wurde das Thema wieder entdeckt und hat sehr emotionale Reaktionen hervorgerufen, sagt Albena Taneva. „Da gab es plötzlich etwas Gutes und Positives in der jüngsten Geschichte. Die meisten Bulgaren sind sehr stolz darauf.“

Und diese Empfindung will man sich nicht durch Schuldgefühle nehmen lassen. Mazedonien und Nordgriechenland? Dafür fühlt man sich nicht verantwortlich, klagt Angel Wagenstein. Er ist bulgarischer Jude, ein

bekannter Schriftsteller und Regisseur. Er hat sich immer wieder zu dem Thema geäußert, in Zeitungen und Aufsätzen. Mit seiner Position eckt er an in der bulgarischen Öffentlichkeit. Denn er lässt nicht locker: Die Bulgaren seien nicht bereit, ihre Schuld anzuerkennen. Tatsachen würden verfälscht. Haarspalterisch werde darüber diskutiert, wer die wahre Kontrolle in den besetzten Gebieten hatte. „Im Fernsehen und in den Zeitungen wird gesagt, das waren von den Deutschen besetzte Gebiete. Das stimmt nicht.“

Angel Wagenstein geht noch einen Schritt weiter. Für ihn ist auch die Rettung selbst ein „Mythos“. Allein die Rolle der orthodoxen Kirche in Bulgarien sei hervorzuheben, so Wagenstein. Auch lässt er gelten, dass Antisemitismus in Bulgarien kein Massenphänomen war. Wagenstein ist aber überzeugt, dass es vor allem dem baldigen Vorrücken der sowjetischen Armee und dem Tod König Boris III. im August 1943 zu verdanken ist, dass die lediglich aufgeschobenen Deportationen nicht mehr ausgeführt wurden. „Man kann nicht von einer Rettung sprechen. Die bulgarischen Juden überlebten einfach.“

Rettung oder Überleben? Wer war Retter, wer war schuldig? Albena Taneva will Wagensteins Kritik, die auch von einigen Historikern vertreten wird, nicht gelten lassen. Für sie handelt es sich um eine Geschichte mit Vorbildcharakter, ein beispielhafter Beweis für die Macht der Zivilgesellschaft. Die Geschehnisse in Mazedonien und Nordgriechenland stünden zur Rettung nicht im Widerspruch – im Gegenteil. „Was in den besetzten Gebieten geschah, beweist doch, dass es sich in Bulgarien ganz klar um eine Rettung handelt. Was dort passierte, war die offizielle Politik der damaligen bulga-

rischen Regierung. Dasselbe wäre in Bulgarien passiert ohne den Widerstand der Zivilgesellschaft.“



Wie Albena Taneva schauen die meisten Bulgaren auf das Gute. So will man sich der Welt zeigen. Kritiker wie Wagenstein haben es schwer in einem Umfeld, das die Augen vor der anderen Seite der Medaille verschließt. Im Frühjahr dieses Jahres sollte eine Straße in Sofia nach dem damaligen Nazideutschland treuen Premierminister und überzeugten Antisemiten Bogdan Filov benannt werden. Der Aufschrei der bulgarischen jüdischen Gemeinde in Israel vereitelte das Vorhaben. Man habe Filov in seiner Funktion als Wissenschaftler ehren wollen, nicht als Politiker, hieß es zur Verteidigung im Stadtrat. So ist die Geschichte bis heute aufgespalten – in die heldenhafte Rettung und die bedauerliche aber unvermeidbare Auslieferung, in den guten Wissenschaftler und den gewissenlosen Politiker. Es soll nicht zusammen gehören, was eigentlich zusammen gehört.

Immerhin bekannte sich der bulgarische Präsident Georgi Parvanov vergangenes Jahr in Israel zum ersten Mal öffentlich zur Mitschuld Bulgariens an der Vernichtung

der 11.000 mazedonischen Juden. Von der mazedonischen jüdischen Gemeinde wurde das als erster Schritt begrüßt. Kritiker sehen indes außenpolitische Taktik am Werk, um die guten Beziehungen zu Israel und den USA nicht zu gefährden, wo ein solcher Schritt lange gefordert worden war. In der bulgarischen Bevölkerung wurde von dem Bekenntnis dagegen kaum Notiz genommen. Und die „geretteten“ bulgarischen Juden warten bis heute auf eine Entschuldigung für Zwangsumsiedlung, Konfiszierung des Eigentums oder Zwangsarbeit. Angel Wagenstein etwa bekommt eine Zwangsarbeiter-Rente aus Deutschland. „Ich bekomme dieses Geld nicht von Bulgarien. In Bulgarien gelte ich als gerettet. Aber für die Deutschen bin ich ein Opfer.“

Wer also ist schuldig? Wer ist das „wir“ in dem Satz: Wir haben die Juden gerettet? „Schuld ist etwas sehr persönliches“, sagt Hanna Lorer, die dem Holocaust knapp entging. „Es gibt keine Kollektivschuld, es gibt auch keine Kollektivretter.“ Sie hat überlebt, „aber das ist das Ergebnis vieler Faktoren.“ Für sie selbst zählt nur das, was sie fest in ihrem Herzen bewahrt hat: Die Erinnerungen daran, wie Menschen in Wagons eingepfercht waren, aber auch an die Lehrerin, die damals zwei Schulkinder umarmt und ihnen gesagt hat, dass sie auch mit dem gelben Stern noch dieselben seien wie vorher.

Die Mizrahis, die einst eine alteingesessene, stattliche Skopjer Familie waren und heute nur noch aus vier Personen bestehen, träumen von etwas, das auch in der Zukunft von ihnen bleiben wird. Heute entsteht im ehemals jüdischen Viertel von Skopje ein Zentrum zur Erinnerung an den Holocaust

Foto (links): Victor und Liljana Mizrahi verlassen die Baustelle

Foto (rechts): Victor und Liljana Mizrahi auf der Baustelle des geplanten Holocausts-Zentrums in Skopje

– eines der größten Holocaust-Museen Europas. Das Zentrum wird ihr Denkmal sein in einer Stadt, in der die Spuren vom jüdischen Leben gänzlich ausgelöscht sind. Die jüdische Gemeinde von Skopje besteht aus 200 Menschen und geht immer mehr in der Mehrheitsgesellschaft auf. Die Mizrahis wollen, dass die Wahrheit über das Schicksal der mazedonischen Juden weitergegeben wird. Eine Wahrheit, für die sie lange gekämpft haben.



Per Couch- surfing zu den Orten von Krieg und Vertreibung



Maya Kristin Schönfelder, geboren 1970 in Leipzig. Freie Autorin, Schwerpunkt: Radio-Features, Reportagen. Auslandsjahre in den USA und Kasachstan. Asia-Pacific-Fellowship des IJP und Förderstipendium der Krupp-Stiftung: Mehrmonatige Recherche-Aufenthalte in China. Studium der Germanistik und Amerikanistik.



Von Lemberg bis Leipzig verließen nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges hunderttausende Menschen ihre Häuser. Manche unter Zwang, andere aus Angst, wieder andere auf der Suche nach einem besseren Leben im Westen. Viele von ihnen fanden ein neues Zuhause in fremden Häusern, mit deren ehemaligen Bewohnern sie das Schicksal der verlorenen Heimat teilen. Wie denken heute die Menschen an diesen Orten über Krieg und Vertreibung? Maya Kristin Schönfelder hat Orte in Weißrussland, der Ukraine und in Polen besucht – mithilfe des Online-Portals CouchSurfing.org. Das ist eine virtuelle Kontaktvermittlung für Menschen auf Reisen, die – „auf der Couch“ – bei anderen übernachten und sich so schnell näher kommen. Jan Pallokat hat mit Maya Kristin Schönfelder über ihre Erfahrungen gesprochen.

Frage: Wie kam es zu der Idee, die Region per Couchsurfing zu ergründen?

Schönfelder: Ich war im vergangenen Jahr zwei Monate in China und hatte mir im Vorfeld überlegt: Wie kommt man am besten an die Leute heran, deren Sprache man nicht spricht? Meine Erfahrung: Das schafft man am besten, wenn man bei Ihnen wohnt. Man sieht, wie die Leute leben, welche Probleme sie haben. Und kommt innerhalb kürzester Zeit ins Gespräch. Bei der Reise nach Osteuropa hatte ich, weil ich ja in eher in aus touristischer Perspektive abgelegene Regionen wie Belarus fahren wollte, so meine Zweifel: Gibt es da überhaupt Leute, die Couchsurfing machen? Und siehe da: Es gibt eine ganze Reihe.

Es existieren keine weißen Flecken auf der Couchsurfing-Landkarte?

Es gibt sicherlich Gegenden, wo weniger Leute unterwegs sind. Das hat den Vorteil, dass die, die doch dabei sind, sich besonders engagieren. Gerade in Osteuropa sind viele Menschen dabei, die wirklich an einem Austausch interessiert sind, die sich freuen, wenn man Interesse an ihrer Kultur, an ihren Lebensumständen hat. Sie fürchten höchstens, dass die eigenen Lebensumstände zu einfach sein könnten, dass der Gast etwas Besseres gewohnt ist. Wenn sie dann aber merken, dass der Gast ihr Leben interessant und spannend findet, dann bricht das Eis sofort.

Nun war ja das Ziel, bei den Besuchen auch heikle Themen anzusprechen: Wie denken die Leute über Krieg, über Vertreibung. Wie schwer war es, das Gespräch auf dieses Terrain zu führen?

Das war insgesamt sehr leicht. Denn es gibt dort einen ganz anderen Umgang mit diesem Thema. Der Krieg spielt eine viel größere Rolle im Alltag als bei uns, und es werden mehr Witze darüber gemacht.

Foto (vorherige Doppelseite): „Du wirst Dich bei uns wie zu Hause fühlen. Denn unser Block wurde von deutschen Kriegsgefangenen gebaut“ Ilja Kusnjatsoi, Filmproduzent, Minsk

Das erste, was ich in einem Fall hörte: „Prima, dass Du kommst. Mein Haus wurde von deutschen Kriegsgefangenen gebaut, das passt ja sehr gut.“ Da bin ich erst einmal zusammengezuckt, aber er meinte das wirklich als Witz. Ähnliches ist mir auch auf der Straße begegnet, als die Leute merkten, dass ich aus Deutschland stamme: Da begannen sofort große Gespräche, die ganze Lebensgeschichte wurde auseinander genommen: Wohin wer wann verschleppt wurde und in welchem Kriegsgebiet er gedient hat, wo seine Kinder umgekommen sind. Am Anfang war ich immer ein bisschen erschrocken und versuchte mich zu rechtfertigen, aber darum geht es den meisten gar nicht. Sie wollen einfach erzählen.

Dort herrscht also ein entkrampftes Verhältnis zu einem schrecklichen Abschnitt der Geschichte – ist das der Gesamteindruck von Ihrer Reise?

Ich weiß nicht, ob man es entkrampft nennen sollte. In Deutschland ist die Geschichte zwar präsent, aber sie wird nicht so sehr auf die eigene Person bezogen. In Osteuropa ist es schon relevant, wie der Krieg bezeichnet wird: der „Große Vaterländische Krieg“, der Angriff aufs Vaterland – ein Angriff auf mein Land, auf meine Person. Das klingt gleich ganz anders als „Zweiter Weltkrieg“. Und so wird es auch reflektiert. Ganz junge Leute um die 20 sagen: „Ja, lass uns in diesen Wald fahren, das wird ganz super. Dort war 1944 der letzte Deutsche, und Du wirst die erste sein seit damals.“ Das ist einerseits witzig, andererseits frage ich mich: Warum spielt das Thema eine so große Rolle? Warum sitzt man irgendwo in einem Wald bei einem Picknick, mit Weißrussen, Ukrainern, Esten und das erste, was man einander fragt, ist: „Welcher von euren Großvätern hat auf deutscher Seite, welcher auf sowjetischer Seite gekämpft? Wer war wo in Kriegsgefangenschaft?“ Ganz junge Leute erzählen davon wie von der neuesten Mode oder einem Konzert.



Später sitzen wir in einem Wäldchen, wir essen Trockenfisch und trinken Bier, die Gespräche drehen sich um Drogen, um Musikfestivals, um Trampen in Europa. Irgendwann wie selbstverständlich auch um den Krieg. „In diesem Wald war vor 65 Jahren das letzte Mal ein Deutscher vor dir“, sagt Dima und prostet mir zu. Der Este Vilmar erzählt von seinem Großvater. Der war bei der Wehrmacht, unter Stalin dann in Sibirien, als Kolaborateur. „Wahrscheinlich hat er auf meinen geschossen“, sagt Dima, für einen Augenblick ganz ernst, dann lacht er und öffnet noch ein Bier.“



„Oświęcim ist nicht Auschwitz. Oświęcim ist eine polnische Stadt, Auschwitz ist eine Erfindung der Deutschen. Das eine hat für uns Polen mit dem anderen nicht zu tun.“ Piotr L. (25), Sprachlehrer, Krakau*

* Name bekannt

1941 griff Deutschland die Sowjetunion an. Doch bereits 1939 gab es den Hitler-Stalin-Pakt und in der Folge die Einverleibung vieler Länder durch die Sowjetunion – eben jene Länder, durch die Sie teils gereist sind. Wie wird der Krieg dort gesehen: Als Krieg oder als Zusammenprall zweier totalitärer Regimes mit imperialistischem Ausdehnungsdrang?

Das wird nicht so reflektiert gesehen: Es wird sehr auf das Persönliche heruntergebrochen. Was ist meiner Familie passiert? Was ist meinem – nicht mal dem Land – sondern: Was ist in meiner Straße passiert? Viele Leute, selbst mit akademischer Ausbildung, sehen überhaupt keinen politischen Zusammenhang. Vom Hitler-Stalin-Pakt haben sie teils noch nie etwas gehört, sind aber unheimlich nationalistisch, gerade in Polen war das sehr extrem zu spüren. Sie wollen kaum Zusammenhänge sehen. Sie brechen es herunter auf sehr simple Formeln wie: „Das waren die bösen Deutschen.“ Es wird alles in einen Topf gerührt. Die Leute wissen auch nicht genau, wo Gedenkstätten in ihrer Umgebung sind, woran diese erinnern sollen und was da passiert ist.

Selbst in Polen? Sie waren ja im ehemaligen Schlesien, in Oppeln – da kann ich mir vorstellen, dass da der Aggressor Stalin präsent ist.

Der Aggressor schon – aber nicht der Aggressor „Stalin“, sondern der Aggressor „Russe“. Es wird pauschalisiert. Russland ist sowohl in der Ukraine als auch in Polen

das Feindbild schlechthin. Und wieder wird alles in einem Topf vermengt: Es ist völlig irrelevant, ob etwas in Kriegszeiten passiert ist, ob es die Auseinandersetzung zwischen Russland und Georgien im vergangenen Jahr ist, ob in Estland Unruhen der russischen Minderheit ausbrachen, alles ist eins. „Der Russe“ ist per se an allem Schuld.

Werden denn die Deutschen ebenso in bestimmte Schubladen gesteckt? Sie waren ja nun unbestritten die größten Verbrecher dort. Der Vernichtungskrieg fand in der Region statt, der Holocaust wurde vor allem dort exekutiert. Wie sieht man heute die Deutschen, wie sah man Sie als Deutsche?

Das ist unterschiedlich. Natürlich wird es einem unter die Nase gerieben, dass man Deutsche ist. „Ach, Hitler“, und natürlich wird das alles wieder in einen Witz gepackt. Zugleich hört man immer wieder dieses Klischee: „Ach, die Deutschen, die sind so fleißig, und die schaffen alles so gut.“ Viele Menschen gerade aus der Ex-Sowjetunion haben in Deutschland gedient, in der ehemaligen DDR, und sie erzählen, dass sie die Lebensumstände als um so vieles besser empfunden haben. Aber die ganze Problematik rund um den Holocaust wird beispielsweise nicht reflektiert. Viele wissen gar nicht, was bei ihnen passiert ist.

Können Sie ein Beispiel dafür nennen?

Gerade in Weißrussland ist mir das extrem aufgefallen. Es gibt ein Ghetto-Denkmal,

mitte in der Minsker Altstadt. Und dann fragt man alte oder junge Leute, ganz egal wen, und sie wissen nicht, wo es ist. Die wissen auch nicht, dass es dort einmal ein Ghetto gegeben hat. Sie wissen gar nichts darüber, und sie haben auch keine Vorstellung davon, dass ihre Stadt einmal eine wichtige jüdische Stadt in Europa gewesen ist. Sie reflektieren auch nicht, was die deutsche Besatzung Minsk eigentlich gewesen ist. Viele nationalistisch gesonnene jüngere Leute sehen sie sogar positiv, weil der damalige Gauleiter die weißrussische Sprache und Kultur gefördert hat. Dass zur gleichen Zeit die Juden der Stadt abtransportiert und zum Teil noch in der Stadt erschossen wurden, wissen die meisten gar nicht.



„1945 wurden die Polen aus Lemberg und Umgebung vertrieben, ganze Dörfer kletterten gemeinsam in den Zug. Irgendwer sagte ‘hier’, dann stiegen alle aus. Die sind zusammen los und blieben zusammen. Hier in Schlesien war ihre neue Heimat, nur dass die Häuser davor anderen gehörten. Als meine Großeltern in ihr Haus einzogen, stand der Abwasch noch da, der Ort selbst war menschenleer.“ Malwina Pryjda (27), Projektassistentin, Berlin, gebürtig in Schlesien



Dirk Auer, geboren 1970 in Frankfurt/Main. Studium der Sozialwissenschaften. Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Soziologischen Institut der Universität Oldenburg. Seit 2006 freier Korrespondent in Sofia. Themenschwerpunkte Migration und Minderheitenpolitik.



Ana Adamovic, geboren 1974 in Belgrad. Studium der Literatur und Fotografie in Belgrad und Boston. Freie Fotografin mit Ausstellungen im In- und Ausland. Versucht, dokumentarische und künstlerische Fotografie zu verknüpfen. Zurzeit beschäftigen sie die Themen „Identität“ und „Geschlecht“.

Vergessenes Lager



Es war eines der ersten Internierungslager speziell für Juden, bevor die „Alte Messe“ (Staro Sajmište) zum Durchgangslager für Serben wurde, die für Zwangsarbeit in Deutschland vorgesehen waren. Doch was als Gedenkort für den Holocaust auf dem Balkan dienen könnte, ist heute eine verfallene Ruine. Nun aber setzen sich einige für den Erhalt des Lagers als Erinnerungsstätte ein, darunter der bekannte Belgrader Radio- und Fernsehsender B92.

Schwarz sind die Gemälde von Dušan Janackov. In seinem Atelier türmen sich die übermannsgroßen Reliefs bis unter die Decke. Ganz in schwarz gekleidet ist auch Dušan selbst, ein großer Mann, sein langes Haar hat er nach hinten gebunden. Seit 25 Jahren lebt und arbeitet Dušan auf dem Gelände von Staro Sajmište. Früher war es hier ruhiger, meint er. Es war wie eine Oase. Mitten in Belgrad.

Die Erinnerung von Debora Ostojić an Staro Sajmište setzt am 9. Dezember 1941 ein. Als erstes sind ihr die vielen Kinder aufgefallen. Und es war kalt: Der Winter 1941/42 war eine der strengsten seit Jahrzehnten. Ein eiskalter Nordwind drang durch das kaputte Dach und die hohen Fenster ihres Blocks. Am schlimmsten war es nachts, wenn sie auf ihrer engen Holzpritsche lag und die Kinder vor Hunger schrien. „Aber ich hatte eigentlich keine Angst, dass wir liquidiert werden“, erzählt die heute 92-jährige Debora Ostojić.

Die Morde begannen in der ersten Märzhälfte 1942. Aus Berlin war ein als Polizeifahrzeug getarnter Vergasungswagen eingetroffen. Täglich, außer Sonntags

Foto (vorherige Doppels.): „Tragische Skulpturen“: Nach dem Krieg wurden in den ehemaligen Baracken Ateliers für Künstler eingerichtet
Foto (links): Mitten in Belgrad: Die ehemaligen Baracken des Konzentrationslagers verfallen

und an Feiertagen, stoppte er von nun an vor dem Lagertor. Viele meldeten sich freiwillig für den Transport, denn es hieß, die Häftlinge sollten an einen andern Ort verlegt werden. Doch nach der Abfahrt hielt der Wagen am gegenüberliegenden Ufer der Sava kurz an. Einer der beiden Fahrer richtete den Auspuff in den luftdicht verschlossenen Laderaum, dann fuhr der Wagen mitten durch das Zentrum von Belgrad zu einem Schießplatz zehn Kilometer außerhalb der Stadt, wo die Leichen verbrannt wurden. Innerhalb von zwei Monaten wurden auf diese Weise etwa 7000 jüdische Frauen und Kinder ermordet.

Debora Ostojić hat überlebt, weil sie mit einem Nicht-Juden verheiratet war. Zusammen mit 50 anderen Frauen wurde sie entlassen, kurz bevor Staro Sajmište im Mai 1942 zum Durchgangslager für Serben umgewandelt wurde, die als Zwangsarbeiter nach Westeuropa deportiert werden sollten. Erst spät, sehr spät, hat Debora Ostojić angefangen von ihren Erlebnissen zu erzählen: „Wir wurden nie gefragt“.

Das KZ und die Kunst

Bis heute bleibt unverständlich, warum Geschichten wie diese in der jugoslawischen Erinnerung an die Zeit des Zweiten Weltkriegs praktisch keine Rolle gespielt haben – war doch nach Auffassung von Historikern das zum Konzentrationslager umgebaute Gelände der Alten Messe (Staro Sajmište) das wichtigste unter deutscher Verwaltung stehende Lager auf dem ganzen Balkan. Hier kam zum ersten Mal überhaupt der Gaswagen systematisch zum Einsatz, der im Ostfeldzug der Wehrmacht noch eine größere Rolle

spielen sollte. Und es war eines der ersten Konzentrationslager in ganz Europa, das zunächst speziell für die Internierung von Juden eingerichtet wurde. Doch die Nachkriegsgeschichte von Staro Sajmište muss als eine Geschichte des Vergessens erzählt werden. Bis heute.

Drei Jahre nach dem Krieg zogen erst die Arbeitsbrigaden in die leer stehenden Gebäude ein, um den neuen Stadtteil Neu-Belgrad aufzubauen. Dann, ab 1952, kamen die Künstler, die hier von der serbischen Akademie der Künste Atelierflächen zugewiesen bekamen, darunter berühmte Namen wie Mića Popović, Olga Jevrić, Pavle Ugrinov und Lazar Vozarević. Es war eine Generation, die noch vom Krieg geprägt war und das auch künstlerisch zum Ausdruck brachten: Olga Jevrić nannte alle ihre Arbeiten „tragische Skulpturen“, Lazar Vozarević unterschrieb seine Bilder mit „Staro Sajmište – das Lager“. Die serbische bildende Nachkriegskunst, so sagen heute viele, ist hier entstanden. Auf dem Boden eines Konzentrationslagers.

Nach den Künstlern kamen die Obdachlosen, die in die Gebäude einbrachen. Die wenigen Künstler, die heute noch auf dem etwa fünf Fußballfelder großen Gelände wohnen, haben keine Mittel, um die dringend nötigen Renovierungen durchzuführen. Wenn Dušan Janackov heute vor die Tür seines Ateliers tritt, sieht er seit Jahren dasselbe Bild: langgezogene Blocks, von denen der Putz herunterfällt. Nur im Sommer mag das einen gewissen Charme haben, wenn die Wiesen und Bäume zwischen den Gebäuden grün sind und sich das Leben der Bewohner im Freien abspielt. Im Winter dagegen herrscht Trostlosigkeit. Im Jahr 2002 wurden 2250 Menschen gezählt, die auf dem



Gelände wohnten, das heute mitten im Zentrum von Belgrad liegt und damit auch neue Begehrlichkeiten weckt.

Alexander Mosić hat während des Zweiten Weltkriegs auf der Seite der Partisanen gekämpft, war dann Betriebsleiter einer Erdölraffinerie in Zagreb. 1964 kehrte er nach Belgrad zurück, um die Raffinerie in Pančevo aufzubauen – dann bekam er einen Posten in Indien. Als er in den 80er Jahren zum ersten Mal das Gelände von Staro Sajmište betrat, traute er seinen Augen nicht: Nicht nur, dass die Gebäude auf dem Gelände in einem jämmerlichen Zustand waren und an das vergangene Leid lediglich ein unscheinbarer Gedenkstein erinnerte. Einige der im städtischen Besitz befindlichen Häuser waren sogar schon in Privatbesitz übergegangen, ganz offiziell, mit Eintrag beim Katasteramt. „Korruption“, schnaubt Mosić verächtlich. Seitdem führt er einen weiteren Kampf. Mit anderen Mitgliedern der Jüdischen Gemeinde gründete er einen Verein, der sich nunmehr seit 25 Jahren dafür einsetzt, dass das Gelände von Staro Sajmište endlich zu einer Gedenkstätte ausgebaut wird.

Alexander Mosić war jetzt schon seit einem Jahr nicht mehr vor Ort. Das neue Restaurant hat er deshalb noch nicht gesehen, auch der Parkplatz neben der Sportanlage ist neu. „Also es ändert sich etwas. Aber nicht in einem Sinne, der angebracht wäre“, seufzt er. Dann zeigt er in Richtung des früheren Lagerspitals, dessen Patienten die ersten Kandidaten für den Gaswagen waren. Es ist nun in privatem Besitz und wird als Diskothek genutzt.

Als jedoch vor zwei Jahren die britische Rockband Kosheen ein Konzert auf dem Ge-

lände von Staro Sajmište veranstalten wollte, war für viele Belgrader Intellektuelle eine Grenze überschritten. Es hagelte Proteste, auch das Simon-Wiesenthal-Zentrum intervenierte. Ein solches Konzert, so der Leiter der Jerusalemer Niederlassung, sei eine Beleidigung der Opfer. Das Konzert wurde schließlich abgesagt.

„Wenn Bürger sich pietätlos an solchen Orten verhalten, kann ihnen das eigentlich kaum zum Vorwurf gemacht werden“, meint Branka Prpa, Direktorin des Stadtarchivs. Die Verantwortung sieht sie beim Staat, der es seit über 60 Jahren versäumt habe, die Geschichte des Lagers in das öffentliche Bewusstsein zu bringen. Erst stand der Aufbau von Neu-Belgrad im Vordergrund, ein gigantischer neuer Stadtteil für 300.000 Einwohner, der heute das Gelände von Staro Sajmište umschließt – dann eine jugoslawische Erinnerungspolitik, die vor allem den heldenhaften Kampf der Partisanen gegen die nationalsozialistischen Besatzer in den Mittelpunkt stellte. „Die Kommunisten haben den Partisanenkampf vor allem als eine auf die Zukunft gerichtete Revolution dargestellt, hin zu einer sozialistischen Gesellschaft glücklicher Menschen.“ Die Erinnerung an den Holocaust ist dadurch verdrängt worden, kritisiert Prpa.

Die Stadt schweigt

Zwar hat die Stadt Belgrad das Gelände 1987 zum Kulturerbe erklärt und fünf Jahre später einen Entwicklungsplan vorgelegt, der die Rekonstruktion von Staro Sajmište zur Gedenkstätte vorsieht. Doch außer der Errichtung eines zweiten Denkmals am Ufer der Sava, außerhalb des eigentlichen Geländes, ist nichts mehr passiert. „Man ist höf-



lich“, beschreibt Alexander Mosić die Einstellung der Verantwortlichen. „Man sagt, ja wir haben das im Programm. Aber wenn es konkret wird, heißt es: Wir haben kein Geld.“ Und so gibt es in Belgrad bis heute keinen gebührenden Platz, an dem die Geschichte des Zweiten Weltkriegs und des Holocausts dargestellt wird.

Doch neuerdings kommt wieder Bewegung in die Sache: 2007 hat sich eine neue Initiative gegründet, angeführt vom Belgrader Nachrichtensender B92, die sich für die Erhaltung und Rekonstruktion des ehemaligen Konzentrationslagers einsetzt. Anfang des Jahres hat der Sender eine zweiteilige TV-Dokumentation ausgestrahlt, durch die die Geschichte des Lagers erstmals in die breite Öffentlichkeit gebracht worden ist. Die Initiative ist bei B92 Chefsache: Veran Matić steht in seinem Büro und erläutert, über den Lageplan von Staro Sajmište beugt, seine

Pläne für ein „Museum der Toleranz“: „Die Gebäude müssen zunächst vollständig erneuert werden, danach können sie als Museum und Bildungszentren dienen.“ Nach Matićs Vorstellung soll Staro Sajmište die zentrale Gedenkstätte in Serbien werden, in der neben einem Holocaust Museum auch ein Museum gebaut wird, das an die Balkankriege in den 90er Jahren erinnert.

Veran Matić weiß, dass die Zeit drängt, weil die großen Baufirmen nichts lieber täten, als das attraktive Gelände am Ufer der Sava in einen Business Park zu verwandeln. Als er die Nachricht erhielt, dass ein Restaurant in einem der Gebäude des ehemaligen Konzentrationslagers aufgemacht hat, sprach er persönlich beim Bürgermeister vor. Der hat den Vertrag dann zwar umgehend kündigen lassen, aber das Restaurant ist immer noch da, und Matić fürchtet, dass sich daran auch nicht so schnell etwas ändern wird.

Trotzdem ist Matić optimistisch, was die Erfolgsaussichten betrifft – wenn es gelingt, „weiterhin die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf Staro Sajmište zu lenken.“ Deshalb ist jetzt auch noch ein dritter Teil der Dokumentarfilmreihe in Vorbereitung, der speziell die Nachkriegsgeschichte und die Frage des Gedenkens in den Mittelpunkt stellt. Nur manchmal, wenn er enttäuscht ist, weil es wieder einen Rückschlag gegeben hat, „dann denke ich, wir sollten vielleicht doch eine Shopping Mall bauen und die Nachkommen der Ermordeten zwischen den Boutiquen ausstellen.“

Alexander Mosić ist in diesem Jahr 90 geworden. Vor kurzem hat er noch einmal geheiratet und sucht mit seiner Frau nun eine neue Wohnung. Mosić ist froh, dass das Lager nun aber immerhin wieder in der Diskussion ist, ein einflussreicher Fernsehsender wie B92 hat natürlich ganz andere Möglichkeiten, den nötigen Druck über die Öffentlichkeit herzustellen. Nur den von Veran Matić gewählten Namen „Museum der Toleranz“ findet er etwas unglücklich: „Was heißt Toleranz? Was tolerieren wir?“ Debora Ostojić ist mittlerweile die letzte noch lebende Jüdin in Belgrad, die in Staro Sajmište inhaftiert war. Ein Museum sollte unbedingt gebaut werden, egal wie es heißt,

meint sie, auch wenn sie nicht damit rechnet, die Eröffnung noch zu erleben. Aber daneben müsse es noch etwas geben – etwas Größeres, Phantasievolles. „Denn ein Museum sagt dem Laien nicht viel. Normale Menschen brauchen etwas Bildhafteres, Leichteres.“ Das meint auch Dušan, der es schade findet, dass sich die Künstler nicht viel mehr des Lagers angenommen haben. „Früher gab es immer eine gemeinsame Ausstellung am 9. Mai“, dem Gedenktag zum Sieg über den Faschismus. Aber irgendwann sei das eingeschlafen.

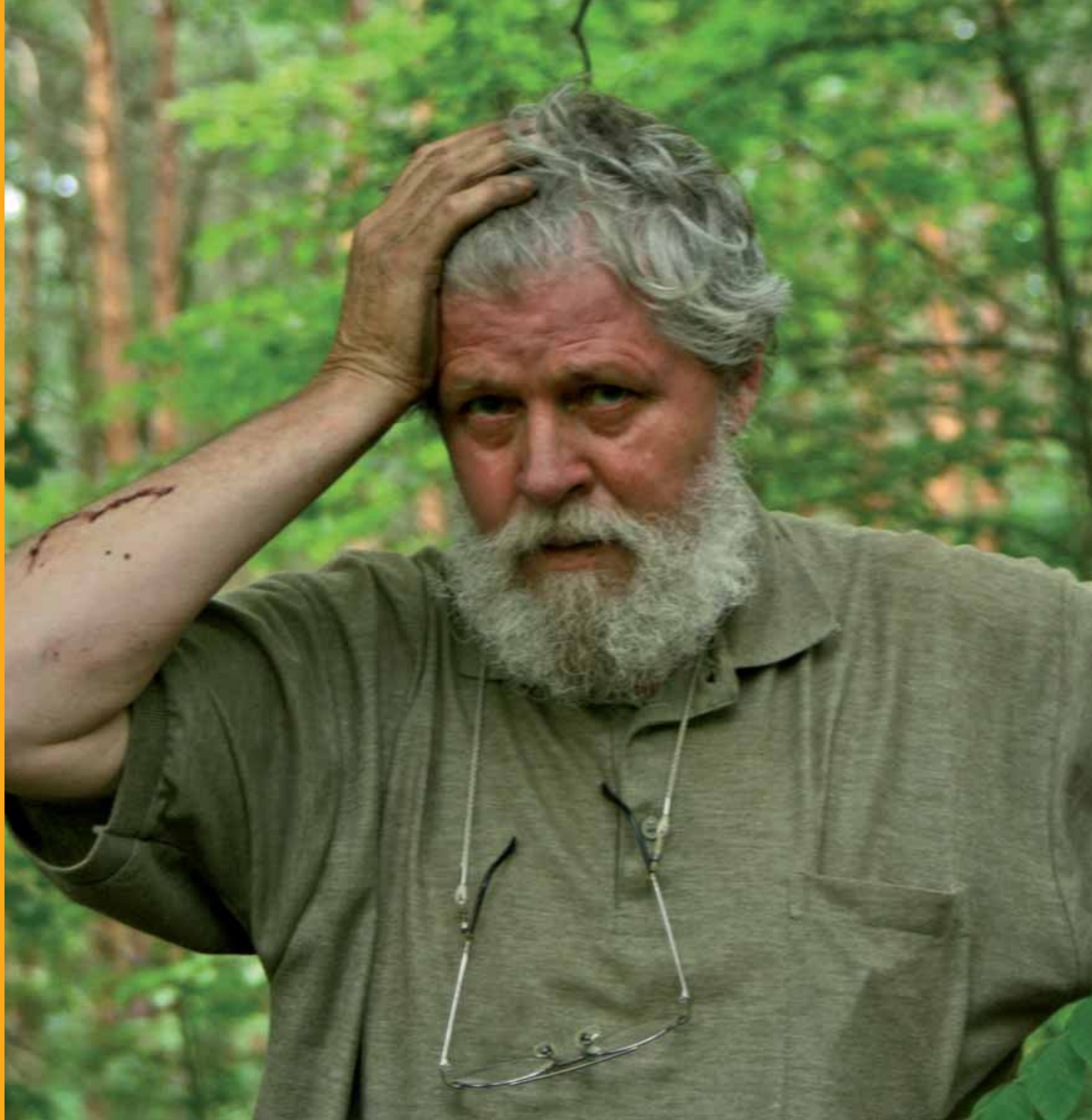
Dabei war das Atelier von Dušan Janackov schon einmal die Kulisse für ein legendäres Ereignis im serbischen Kulturleben nach dem Krieg. 1954 wurde aufgrund von politischem Druck die Premiere eines Stücks am Belgrader Theater abgesagt, woraufhin an einem verabredeten Abend die ganze Truppe in Dušans Atelier zusammenkam, das damals noch im Besitz von Mića Popović war. 40 weitere Gäste fanden sich ein, darunter fast alle Belgrader Theaterkritiker und weitere Intellektuelle, die mutig genug waren, einem „illegalen privaten Treffen“ beizuwohnen. In der zweiten Hälfte der Aufführung setzte ein heftiger Sturm ein. Der Strom fiel aus, Kerzen mussten angezündet werden. Das Stück hieß „Warten auf Godot“.





Marcin Rogoziński, geboren 1976. Übersetzer, Film-Produzent, Publizist. Jahrelang politischer Journalist bei „Gazeta Poznanska“ (Posen), heute Freiberufler. Stipendiat des Journalisten-Kollegs an der FU in Berlin. Spezialisiert auf deutsch-polnische Beziehungen und das Oder-Neiße Grenzgebiet.

Die stille Wiedergut- machung



Seit Eckehart Ruthenberg von der Nazi-Vergangenheit seines Vaters erfuhr, „adoptierte“ er dutzende fast vergessene jüdische Friedhöfe in Polen. Eine bewegende Geschichte

Hinter Skwierzyna (Schwerin) biegt der Weg in Richtung deutsche Grenze. Wald zieht sich über Kilometer hin, es ist einer der größten Forst-Komplexe Polens. Nach 30 Kilometern erscheint ein Erkennungszeichen; ein BMW mit Berliner Kennzeichen. Ein paar Schritte von der Straße entfernt wuselt ein bärtiger Mann zwischen verwitterten Podesten und Grabtafeln hin und her. In den Händen hält er einen selbstgebauten „Stecher“, eine Metallspitze an langer Holzstange. Die Nadel geht leicht in den Grund hinein. Stößt der Stecher auf einen Fels, ist ein charakterliches Knirschen zu hören. Ein einfacher Feldstein klingt anders als ein behauener Kalkblock.

„Es ist einer der schönsten Friedhöfe, den ich je gesehen habe.“ Eckehart Ruthenberg (66) zeigt auf die gut erhaltenen Reste der Umzäunung. Um die Grabtafel nicht zu zerkratzen, beseitigt er vorsichtig die dünne Erdschicht mit einem Spaten. Er gräbt flach, denn die Steine wurden nach Kriegsende umgestürzt und liegen bis zu 15 Zentimeter unter der Bodenfläche. Auf einer Karte der ehemaligen deutschen Gebiete in Polen hat Eckehart rund 600 Begräbnisstätten markiert. In drei Jahren hat er 50 jüdische Friedhöfe freigelegt.

In Krzeszyce (Krietsch) liegt der Grabstein nur fausttief. Eckehart entfernt keuchend Grasbüschel und Wurzeln mit einer Hacke. Danach kniet er nieder und fegt die Tafel mit einer Bürste frei. Unter dem Sand tauchen deutsche Inschriften auf. „Hier ruht in Ruh Martin Borck, geb. 1827, gest. 1901“. Mit einem selbst konstruierten Hebel versucht der Berliner die Tafel auf die andere, hebräisch beschriftete Seite umzuwuchten. Ab 1850 mussten die Grabsteine in Preußen zweisprachig sein. „Ähnliche Werkzeuge haben die alten Ägypter beim Pyramidenbau verwendet“, sagt Eckehart und drückt mit seinem ganzen Körpergewicht auf den Hebel.

Viel Mühe kostete ihn die Suche nach dem Friedhof. Auf den Landkarten aus der Vorkriegszeit war er nicht markiert. Auch im unentbehrlichen „Kommunalen

Foto (Doppelseite): Die Suche nach verlassenen Grabsteinen ist anstrengend. Eckehart Ruthenberg auf dem Friedhof in Krzeszce
Foto (unten): Eckehart Ruthenberg entziffert Grabinschriften auf dem Friedhof in Trzciel (Tirschtiel)

Auskunftsbuch“, einem Ortsregister von 1914, das die Glaubenszugehörigkeit der Einwohner berücksichtigt - kein Wort zur jüdischen Gemeinde in Krietsch. Eckehart musste den Notplan realisieren. Am Sonntag stellte er sich vor die Kirche und zeigte den zur Messe eilenden Leuten einen gelben Zettel mit polnischer Aufschrift: „Ich suche und beschäftige mich mit jüdischen Friedhöfen in Polen. Können Sie mir bitte sagen, ob sich in diesem Ort ein jüdischer Friedhof befindet?“ In Lipiany (Lippene) und Dobiegniew (Woldenberg) halfen die Gemeindemitglieder bei der Suche. In Krietsch haben sie nur ratlos mit den Achseln gezuckt. Eckehart ging also in eine Bierstube und hielt das gelbe Blatt den örtlichen Säufern unter die Nase. Sie schüttelten mit den Köpfen, und er beschloss, solange am Tisch sitzen zu bleiben, bis er irgendeinen Hinweis bekäme. Nach mehreren Stunden Wartezeit wollte sich ein älterer Mann doch an seine Kindheit und die Gedenksteine im Wald erinnern. Sie lägen an der Straße nach Schwerin, rund zwei Kilometer vom Dorf entfernt.

Der Brief des Vaters

Ein Vierteljahrhundert lang schon sucht Ruthenberg nach jüdischen Spuren. Er fing Mitte der 80er Jahre an, als ihm das DDR-Regime Verkauf und Ausstellung seiner Kunstwerke verbot. Eckehart, Absolvent der Ost-Berliner Kunsthochschule, verlor seine Arbeit, gewann aber viel Freizeit. „Vor lauter Langeweile habe ich mit der Suche



nach jüdischen Friedhöfen begonnen“, sagt Eckehart heute halb im Scherz. Ein Lexikon, das rund 300 jüdische Friedhöfe in der ehemaligen DDR umfasste, half bei der Recherche. In zehn Jahren spürte er alle entsprechenden Grabstätten in Ost-Deutschland auf. 2006 beschloss er, jenseits von Oder und Neiße weiter zu machen.

Er fing in Cedynia (Zehden) an. Auf einem verwahrlosten Friedhof legte er sechs Grabmale frei. Dann fuhr er nach Trzeczno (Schönfließ) und entdeckte wieder andere Matzewas. Danach waren Moryń (Mohrin), Chojna (Königsberg), Dębno (Neudamm) oder Boleszkowice (Fürstenwalde) an der Reihe, insgesamt zwölf an der deutsch-polnischen Grenze liegende Ortschaften. Ein

Jahr danach suchte er drei Monate lang im Lebusener Land. Er entdeckte dutzende Grabsteine, alleine in Torzym (Sternberg) waren es 20. Das unermüdliche Hochwuchten der Tafeln wirkte sich negativ auf seine Gesundheit aus. Auf dem Heimweg fiel er in Ohnmacht und landete im Krankenhaus. Seit dieser Zeit macht er häufiger Pausen und isst regelmäßig. Nur das Schlafen im Auto konnte er sich nicht abgewöhnen, immer umgeben von Stechern, Hebeln und Messgeräten.



Unter dem Datum 19. März 1942 notierte Simon Wiesenthal in seiner Vernichtungschronik: „Die Nazis treiben 400 Juden aus Nowomoskowsk in der Russischen FdSR zusammen und erschießen sie in einer Sandgrube in der Nähe der Stadt, am anderen Ufer des Flusses Samara“. Angesichts des Verbrechens in Babyn Jar bei Kiew, wo innerhalb von zwei Tagen über 33.000 Juden mit Maschinengewehren erschossen wurden, fand das Massaker von Nowomoskowsk keine Beachtung. Um schnell und effektiv Menschen liquidieren zu können, rief die SS Wehrmacht-Soldaten um Hilfe. War unter den Verbrechern von Nowomoskowsk auch Feldwebel Martin Ruthenberg?

Es war das Jahr 1992. Doktor Martin Ruthenberg trat in den ewigen Ruhestand, und die Familie musste sein Arbeitszimmer im Institut für Pflanzenzucht der Berliner Humboldt-Universität ausräumen. Als Eckehart die Papiere durchblätterte, stieß er auf einen Brief, den der Vater seiner Frau von der Ostfront geschickt hatte. „Liebe Heilwieg“, begann das Schreiben, das am 19. März 1942 in Nowomoskowsk verfasst worden war. „Die letzten drei Tage waren so schrecklich, dass ich darüber nicht schreiben kann.“ Im väterlichen Kabinett beschloss der Sohn zu erfahren, welche Ereignisse seinen Vater damals so stark erschütterten.

Sieben Jahre lang studierte Eckehart die Archivdokumente, fand aber keine Belege für die Teilnahme des Feldwebels Ruthenberg an den Hinrichtungen jüdischer Zivilisten. „Ich habe entsetzliche Fakten aus der Vorkriegszeit entdeckt, von denen die Familie keine Ahnung hatte“, sagt Eckehart. Niemand von den Verwandten wusste, dass sich Martin Ruthenberg während des natur-

Foto: Eckehart Ruthenberg kniet an der Grabtafel von Martin Borck in Krzeszce

wissenschaftlichen Studiums an der Universität in Greifswald mit „Rassenbiologie“ beschäftigt hatte. In der Freizeit trieb er als Mitglied einer studentischen Nazi-Verbindung kommunistische Versammlungen auseinander. Im Unterricht arbeitete er tüchtig an der Konstruktion des „Germanen reinen Blutes“. Das wussten auch die Eugenik-Professoren zu schätzen und nahmen Martin in ihre wissenschaftlichen Reihen auf. Er verschaffte sich dadurch einen unbeschränkten Zugang zu Laboratorien, in denen an Menschen experimentiert wurde. Die Doktorarbeit schrieb er über die Vererbung von Eigenschaften. Der Kriegsausbruch setzte jedoch seiner wissenschaftlichen Karriere ein abruptes Ende.

Der frisch gebackene Doktor wurde zum Nationalsozialistischen Kraftfahrkorps (NSKK) einberufen, der für Transporte zuständig war. Er zog durch Polen und die Ukraine, und einige Wochen nach der Verfassung des Briefes in Nowomoskowsk wurde er von der Ostfront abberufen. Als seine Kameraden die sechs Monate währende Belagerung Stalingrads begannen, bezog Martin einen Schreibtisch im „Rasseninstitut“ in Riga-Kleistenhof. Den Posten in Lettland verdankte er einem Kollegen von der Universität in Greifswald. Er ersparte dem früheren Kommilitonen die Stalingrad-Hölle und ermöglichte ihm die Beschäftigung damit, womit sich Dr. Ruthenberg auskannte: dem Zuordnen der Lettland-Deutschen zu bestimmten Volksgruppen. Ende 1942 fuhr Martin zum Urlaub nach Hause in Greifswald. Neun Monate später kam Eckehart zur Welt.

Der Vater habe unentwegt Disziplin und Gehorsam verlangt. Eckehart erinnert sich

an ständige Streitereien; er habe die Regeln nicht akzeptieren können. Schließlich schmiss ihn der Vater raus. Eckehart war 21 und in den nächsten vier Jahrzehnten, bis zu Martins Tod, hatten Vater und Sohn keinen Kontakt. „Durch die Suche nach verlassenen Friedhöfen habe ich mich indirekt dem Vater widersetzt, den ich mit dem autoritären Staat gleichgesetzt habe“, vermutet Eckehart.

Hier war einst ein jüdischer Friedhof“, sagt Andrzej Kirmiel, während er über die Umgehungsstraße bei Międzyrzecz (Meseritz) Richtung Schwerin fährt. „Der Weg führt geradewegs über den Friedhofshügel“. Kirmiel, Historiker und Gründer der Lebusener Stiftung Judaika, erforscht seit mehreren Jahren die jüdische Vergangenheit in den ehemals deutschen Gebieten Polens. Er sagt, die Geschichte des Friedhofs in Meseritz sei charakteristisch für die übrigen 600 jüdischen Begräbnisstätten, die von den Polen zerstört wurden.

Gleich nach Kriegsende erweiterte man auf Kosten des Friedhofes die Landkreisstraße nach Schwerin. Die Arbeiter benutzten die Grabsteine als Unterlage für den Asphalt. Während der Bauarbeiten wurde der Kies vom Friedhof erst heimlich entnommen, dann ganz offiziell verwendet. Mit dem Sand aus der Kiesgrube schüttete man einen öffentlichen Strand auf, am nahegelegenen See Głębokie. „Im Sand wurden menschliche Knochen entdeckt, die beseitigt wurden“, berichtete ein Zeuge Andrzej Kirmiel. Die Steinmetze bestückten ihre Werkstätten mit den Marmor- und Granitblöcken vom Friedhofshügel. Kirmiel fand eine Preisliste für die „ehemals deutschen“ Grabsteine mit amtlich festgesetzten Quoten. Die einheimische Bevölkerung bedient sich ebenfalls am

„kostenlosen“ Baumaterial vom 700 Jahre alten Grabfeld. Bis heute kann man auf privaten Grundstücken, auf Gehwegen oder an Haussockeln Elemente finden, die von geplünderten Grabtafeln stammen.

Ein Abdruck auf Seidenpapier

Die Mehrheit der Friedhöfe existiert seit Anfang der 70er Jahre nicht mehr. Damals kamen vermehrt deutsche Touristen aus der DDR über Oder und Neiße nach Polen. „Der unbefriedigende Zustand von Friedhöfen ist eine heikle Sache und ruft unfreundliche, allerdings richtige Bemerkungen seitens der Touristen hervor“, alarmierten die kommunalen Behörden im Lebusser Land die Kreise in einem Schreiben. Also beschlossen die Lokalbehörden, das Problem auf ihre Weise zu lösen. Nämlich indem sie etliche jüdische, aber auch evangelische und katholische Ruhestätten planieren ließen.

Der seit 1280 existierende Friedhof in Głogów (Glogau) wurde beseitigt. An seiner Stelle entstand eine Plattenbausiedlung. Auf dem Kirkut in Słubice (ehem. Frankfurt/Oder) lagen namhafte Rabbiner begraben, darunter Theomin, der die jüdischen Speisegesetze modernisierte. Trotzdem ließen die Behörden das Gelände einebnen. Anfang der 90er Jahre wurde das Grundstück an einen Investor verkauft, der ein Hotel inklusive Bordell einrichtete. Nach Protesten aus aller Welt wurde es geschlossen und abgerissen. Die Einwohner von Słubice und Frankfurt stifteten 1999 eine Gedenktafel.

Eckehart bedeckt den Grabstein von Martin Borck mit einem dünnen, weißen Seidenpapier und streut mitgebrachten Eichensand

darauf. Er reibt die Sandkörner in das Papier. Nach kurzer Zeit bildet sich die ganze Tafel mit ihren Inschriften, wie beim Turiner Grabtuch, auf dem Seidenpapier ab. Der Berliner verewigt auf diese Art und Weise alle von ihm entdeckten Grabmale. Das Seidenpapier wird zusammengerollt gelagert, wie die Thora. Eckehart wird nie erfahren, wer Martin Borck aus dem brandenburgischen Krietsch war. Nur ein Mal suchte er in Archiven nach Informationen über einen einflussreichen Pferdehändler aus Küstrin namens Luis Schlavinski, dessen einsames Grab er an der Oder gefunden hatte.

Eckehart hat keine Zeit, sich in die Vergangenheit der Toten zu vertiefen. Er zählt nicht einmal die freigelegten Tafeln. Er wandte sich mehrmals an wissenschaftliche und jüdische Institutionen in Deutschland, aber niemand hatte Interesse, sich im Ausland zu engagieren. Und für die meisten polnischen Forscher fängt die Geschichte der „wiedergewonnenen Gebiete“ erst 1945 an. Auch das gerade im Bau befindliche „Museum der Geschichte der polnischen Juden“ in Warschau wird sich nicht mit Vergangenheit der preußischen Bürger im heutigen Gebiet Polens auseinandersetzen.

„Diese Geschichte gehört niemandem“, sagt Historiker Kirmiel. „Die verlassenen Friedhöfe sind wie die Waisenkinder“, sagt Eckehardt. „Ich kümmere mich um sie.“ Eckehart Ruthenberg will in all den Jahren „keinerlei Feindschaft oder Antisemitismus“ verspürt haben. Trotzdem will er nicht, dass die Menschen die von ihm freigelegten Tafeln zu Gesicht bekommen: Wenn sie nicht ins Auge fallen, bleiben sie länger da. Aus dem Friedhof in Boleszkowice wurden neulich zehn Tafeln entwendet. In Trzciel (Tirsch-

Foto: Die Grabtafel von Martin Borck ist zu schwer. Eckehart mit dem selbstgebastelten Heber.



tiel) kippten unbekannte Täter einige Mahnmale zu Bode, ebenso in Schwerin. „Gezieltes Handeln oder Dummheit? Ich weiß nicht, was schlimmer ist“, denkt Kirmiel nach.

Eckehart Ruthenberg und Andrzej Kirmiel bereiten gerade gemeinsam einen Reiseführer über Judaika im Lebusser Land vor. Doch Eckeharts Kräfte und Finanzen reichen nur für zwei Polen-Reisen im Monat aus. Er ist sich dessen bewusst, dass er es nicht schaffen wird, alle jüdische Grabsteine in West-Polen freizulegen. Bevor seine eigene Grabtafel steht, will er sich einen Traum erfüllen: einen in Polen entdeckten jüdischen Friedhof umzäunen.



Silvana Wedemann, geboren 1969 in Erfurt. Freie Fotografin mit Schwerpunkt Reportage in Rotterdam und Berlin. Studium der Fotografie an der Kunsthochschule in Den Haag sowie der Russistik in Amsterdam und St. Petersburg.



Valeriya Yaronevetskaya, geboren 1970 in Krasnodar. Abschluss des Journalistikstudiums 2002 an der Staatlichen Universität St. Petersburg, Russland. Lebt nun in Berlin, schreibt besonders über gesellschaftspolitische Themen.

Zwischen allen Fronten



Alljährlich zum „Tag des Sieges“ am 9. Mai ehrt Russland die „heldenmütigen“ Soldaten der Roten Armee. Daran hat sich seit Sowjetzeiten nichts geändert. Für Zwischentöne ist kein Platz, und für das Leid der Zivilbevölkerung erst recht nicht. Dabei sind diese Menschen vielleicht die eigentlichen Helden des Krieges. Denn nicht selten mussten sie, nachdem sie die deutsche Besatzung überlebt hatten, auch noch den Generalverdacht der sowjetischen „Befreier“ ertragen: War nicht jeder in den von Deutschland besetzten Gebieten ein potentieller Kollaborateur?

Wir erreichen Sologubowka am Vorabend des 9. Mai, dem „Tag des Sieges“. Er wird im ganzen Land traditionsgemäß mit Militärparaden und Feuerwerken, Volksfest und Konzerten gefeiert. Wir wollten sehen, wie dieser Tag in einer Gegend begangen wird, die während des Krieges in deutscher Hand war und nur 15 Kilometer von der Front entfernt lag. Dort, wo die einheimische Bevölkerung fast drei Jahre lang mit den deutschen Besatzern Seite an Seite gelebt hat.

Es ist Feiertag, aber das Dorf wirkt wie ausgestorben. Nur an zwei Häusern weht eine Fahne, vermutlich wegen des Feiertags. An einem alten Holzhaus - die rote sowjetische Fahne, und an dem moderneren Haus gegenüber - die russische Trikolore. Nur Radio und Fernseher erinnern daran, dass es ein besonderer Tag ist. Wie eine Geräuschkulisse hört man aus irgendwelchen Häusern Lieder und Märsche von der hauptstädtischen Parade - „Der Tag des Sieges, wie weit er doch noch vor uns lag.“ Aber die Menschen hier scheinen ganz andere, alltägliche Sorgen zu haben: der Garten, die Kartoffeln müssen in die Erde.

„Zwei, drei Tage – Leningrad kaputt“

Von den Einheimischen sind nur noch wenige am Leben, die sich an den Krieg und die Besatzung erinnern. Nadeschda Aleksejewna Lysowa (83) und ihre Tante Ariadna Oskarowna Kont (87) gehören zu diesen wenigen. Als 1941 der Krieg ausbrach, war Nadja gerade mal 15 und Ariadna 19 Jahre alt.

„Als die Deutschen kamen, saßen wir vor dem Haus, und es war so fürchterlich still“ – erzählt Ariadna. „Unsere Leute waren weg. Aus dem Dorf sind viele noch kurz vorher in den Wald geflüchtet, aber wir saßen einfach da. Dann kamen drei Männer auf einem Motorrad. Mit so einem Beiwagen. Sie trugen lange schwarze Mäntel. Das haben sie bestimmt schon mal im Kino gesehen? Als die Deutschen uns anriefen, hatten wir furchtbare Angst, aber wird sind trotzdem

Foto (vorherige Doppelseite): Der „Tag des Sieges“ in der Provinz
Foto (unten): Späte Beisetzung: Grabzug auf den Sinjavinsker Höhen

hingegangen. Und die haben dann gesagt: ‚Zwei, drei Tage – Leningrad kaputt‘. Uns ist ganz mulmig geworden...“

Die Deutschen sind am 29. August 1941 in Sologubowka einmarschiert. Das ist zufällig auch der Kirchenfeiertag Mariä Himmelfahrt, an dem traditionsgemäß ein Dorffest stattfindet. Aber 1941 wurde er zum Trauertag. Die Alteingesessenen erinnerten sich auch viel später noch daran, wie das Dorf von der sowjetischen Luftwaffe in Brand gesteckt wurde. Wie die Menschen mit Wasser-eimern gerannt sind, um ihre brennenden Häuser zu retten und dabei von den eigenen

Piloten und ihren Maschinengewehren erschossen wurden. Denn die sowjetischen Frontkommandanten hatten den Befehl erteilt, den Feind zu zerstören: ohne Rücksicht auf die eigene Bevölkerung.

„Als die Deutschen kamen, wurden wir bombardiert. Viele Gebäude sind dabei abgebrannt. Und die Deutschen beschlagnahmten auch Häuser. In unserem wurde die Kommandantur eingerichtet“ – erzählt Ariadna.

Die Tatsache, dass das Dorf nicht von den Deutschen, sondern von den eigenen Truppen bombardiert wurde, ist nach wie vor ein





Foto: Nadja und Ariadna lebten mit den deutschen Besatzern

Thema, dem man gerne aus dem Weg geht. In den 68 Jahren hat sich daran wenig geändert. Die Einheimischen sind es leid und wollen nicht daran erinnert werden.

Der Wahrheit verpflichtet?

Auch heute muss man wieder vorsichtig sein, damit man nicht plötzlich der Geschichtsfälschung beschuldigt wird. Denn der russische Präsident Dmitrij Medwedjew will eine „Kommission zum Schutz der Geschichtsschreibung“ ins Leben rufen. Diese soll „Fälschungsversuchen“, die sich gegen die Interessen Russlands richten, entgegen wirken. Vielen bereitet dieser Vorstoß Sorgen. Denn wenn der Staat allein entscheiden darf, was historisch wahr oder falsch ist, wird es nur noch eine gültige Interpretation der Sowjetgeschichte geben. Mehr

noch: alle anderen Versionen können strafrechtlich verfolgt werden. Damit wäre es erst mal vorbei mit der Wahrheit über diesen Krieg.

Wem diese Kommission verpflichtet ist, zeigt sich anhand ihrer Mitglieder: Der Geheimdienst FSB, die Spionage-Abwehr, das Innenministerium (MID), das Justizministerium und sogar der Oberste Generalstab der Russischen Armee sind vertreten. Unter den 28 Mitgliedern der Kommission sind nur eine Handvoll professionelle Historiker.

Im heutigen Russland existieren zwei Erinnerungen und „Wahrheiten“ über den Krieg. Die offizielle Version behauptet: „niemand ist vergessen, nichts ist vergessen.“ Und zum anderen ist da eine ganz persönliche, individuelle Wahrheit, ein Gedächtnis, das viel mehr erinnert.

Für die offizielle Wahrheit gibt es zwei aktuelle Beispiele. Im Leningrader Gebiet soll eine Mülldeponie gebaut werden, ausgerechnet an einem bedeutenden Kriegsschauplatz, wo es für Suchmannschaften unendlich viel zu tun gebe. Bis heute gibt es keine genauen Angaben, wie viele Soldaten dem „Großen Vaterländischen Krieg“ zum Opfer gefallen sind. Das militärhistorische Zentrum des Verteidigungsministeriums spricht von 30.000 Grabstätten auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion. Dort ruhten etwa sieben Millionen „Beschützer des Vaterlands“ in Frieden. Bisher konnten jedoch nur 2,5 Millionen davon identifiziert werden. Entsprechend liegen immer noch 4,5 Millionen unbekannte Soldaten in den Gräbern.

Zweites Beispiel: Das „Suchbataillon des Leningrader Militärbezirks“ wurde 2006 auf Anweisung des Präsidenten ins Leben gerufen, um auf den Schlachtfeldern des 2. Weltkrieges nach sterblichen Überresten und unbekannten Grabstätten zu suchen. Die Medien jubelten: „höchste Zeit, sich dieses Themas einmal fachmännisch anzunehmen.“ Doch schon in diesem Jahr, nach Identifizierung von 3500 Gefallenen und 4700 entschärften Sprengkörpern, soll Schluss sein. Als Grund für die Auflösung der Suchgruppe wurden unzureichende Mittel angeführt.

Die Angaben zur Gesamtzahl der sowjetischen Kriegsoffer unterliegen starken Schwankungen. 1946 hat Stalin die Zahl sieben Millionen genannt. Unter Chruschtschow wurden es 20 Millionen. Während der Perestrojka – 27 Millionen. Im Moment machen Angaben die Runde, dass die Sowjetunion im 2. Weltkrieg 43,3 Millionen Menschen verloren hat, darunter etwa 16,4 bis 17 Millionen Zivilisten.

Bewohner unter Generalverdacht

Sologubowka hat Glück gehabt. Die umliegenden Dörfer Apraksino und Woronowo, wie auch hunderte kleinerer Dörfer im Leningrader Gebiet, gibt es nicht mehr. Die

Deutschen haben sie dem Erdboden gleichgemacht. In dieser Gegend haben Kämpfe stattgefunden, die zu den blutigsten des Zweiten Weltkrieges gehören. Auch heute noch erkennt man die Verwüstungen, die der Krieg hinterlassen hat. Das Gebiet ist regelrecht übersät von Bombentrichtern und Schützengräben. Die benachbarten Wälder - ein einziges großes Massengrab. Immer noch finden Suchgruppen monatlich 3000 Rotarmisten, und das schon seit neun Jahren.

Nur ein paar Kilometer Luftlinie entfernt befinden sich die russischen Kriegsgräbergedenkstätten Nevskij Pjatatchok und Sinjavinsker Höhen. An diesen Orten gab es mehrere gescheiterte Versuche, den Belagerungsring um Leningrad zu durchbrechen. Dabei müssen mehrere Hunderttausende Soldaten umgekommen sein. Allein die Zahl der Opfer bei den Sinjavinsker Höhen beläuft sich auf 125.000 Soldaten.

Außer der Zwangsarbeit, dem Hunger und der Kälte war es vor allem die ständige Angst vor den Besatzern, die den Bewohnern der besetzten Dörfer und Städte zusetzte. Und dann kam nach der lang erhofften Befreiung die Angst vor den eigenen Leuten. Viele Jahre lang haftete an ihnen die Bezeichnung „Bewohner des besetzten Gebietes“ wie ein Kainsmal. „Sie haben auf jedes Wort aufgepasst. Ständig wurden wir verhört – und was wissen Sie von dem und von dem, was hat der während der deutschen Besatzung gemacht?“

Die russische Regierung hat ihren Bürgern dieses Jahr ein „Geschenk“ zum Tag des Sieges gemacht. So soll im Strafgesetzbuch der Russischen Föderation ein neuer Tatbestand „Wiederbelebung des Faschismus“

aufgenommen werden. Es drohen eine Gefängnisstrafe bis zu fünf Jahren und eine Geldstrafe bis zur einer halben Million Rubel. Interessant dabei ist, wer danach ein Anhänger des Faschismus sein soll. Laut Gesetzentwurf sind das all jene, „die auf dem Gebiet der Sowjetunion mit den Besatzerbehörden zusammen gearbeitet haben“. Wenn man will, kann man so sehr viele Leute der Kollaboration beschuldigen. Sogar Ariadna.

„Ich habe gearbeitet, wo es was zu essen gab. Etwa irgendwo sauber machen“, erinnert sich Ariadna. „Meine Mutter hat Wäsche gewaschen und ich habe ihr geholfen. Manchmal wurden wir auch übers Ohr gehauen. Andere haben sehr gut bezahlt – sie haben uns einen Laib Brot gegeben oder irgendwas anderes. Ich habe für einen Deutschen, wahrscheinlich war es ein Schneider, Bettwäsche in Ordnung gebracht. Und er hat mir von seiner Ration eine Stulle geschmiert: ‚Na, nimm schon...‘ Später mussten wir in Turyschkino Schützengräben ausheben. Das war schon 1943. Die Front war da ganz nah.“

Zur Flucht gezwungen

1943 waren die Dörfer wie ausgestorben. Die Politik der verbrannten Erde. Bei ihrem Rückzug haben die Deutschen die Dorfbewohner vor sich her gejagt. Sie wurden nicht alle als Arbeitskraft gebraucht, es ging einfach nur darum, das Land leer zurück zu lassen.

„Und dann suchten sie sich die Jüngsten aus: ‚Du, du, du, mitkommen. Ihr macht für uns die Wäsche.‘ Der Sanitätswagen hat uns dann nach Wojtolowo gebracht“, erzählt

Ariadna. „Nach ungefähr anderthalb Monaten hieß es: ‚Die Russen greifen an, wir müssen hier weg.‘ Sie haben uns mitgeschleppt. So sind wir kreuz und quer durch Estland, Lettland und Polen geirrt.“

„Wir sind die ganze Zeit gelaufen. Die Wege waren vor lauter Matsch kaum begehbar und wir haben gefroren. Wir hatten nichts an den Füßen. So sind wir durch Litauen und Lettland gelaufen. Am 3. Juli wurden wir in der Stadt Nowe Świąciany befreit.“

Dort hatten sich Nadeschda und ihre Mutter und noch ein paar andere Leute auf einem verlassenen deutschen Gutshof versteckt. „Zwei Tage haben wir in dem Keller gesessen. Ohne Essen, ohne Wasser, ohne Schuhe. Später kamen noch Polen dazu. Sie hatten ein Kreuz mit Christus bei sich. Sie beteten irgendwie anders. Eines Abends klopfte jemand an den Keller. Wir hatten alle Angst, es war aber ein russischer Aufklärer. Ein junger Kerl. Wir haben ihn umarmt und geküsst! Bei Tagesanbruch sind wir nach oben auf die Straße gegangen. Die Soldaten haben uns Weizenbrei ausgeschenkt und ihn mit irgendwelchem Fett übergossen. Dieser Brei ist wie Honig runter gegangen... Na und dann

haben wir den Nachhauseweg angetreten. Im August waren wir schon wieder zu Hause. Der Weg nach Wojtolowo war gesperrt, es hieß, dass das Dorf vermint sei. Der Krieg war noch in vollem Gange 1944...“

„Wir haben uns die Konzerte zum 9. Mai angeschaut und geweint. Wir haben uns wieder an den Krieg erinnert. Als wir jung waren, haben wir versucht, alles zu vergessen. Man kann sich heute gar nicht mehr vorstellen, wie wir das ganze überhaupt überlebt haben“, sagt Ariadna.

Wir hatten in Sologubowka an diesem Tag noch mehrere Treffen, die der Begegnung mit Ariadna und Nadja sehr ähnelten. Sie waren erschütternd. Obwohl sie in vielerlei Hinsicht sehr typisch waren. Millionen teilten ein ähnliches Schicksal.

Vor dem Hintergrund der gewaltigen Ereignisse des Zweiten Weltkrieges ist die Lebensgeschichte dieser „kleinen“ Menschen, die weder Helden noch Täter sind, so unscheinbar wie ein Schatten. Aber letztlich setzt sich der ganze Krieg aus Menschenschicksalen zusammen. Da wird der einfache Mensch zum Haupthelden.

Das Leningrader Gebiet war gleich zu Beginn des Krieges im Sommer 1941 von den Deutschen okkupiert worden. Aus der Akte der „Untersuchungskommission zu den Kriegsverbrechen der deutsch-faschistischen Besatzer im Leningrader Gebiet“: Tod durch Erschießen: 6 265, Tod durch Erhängen: 876, Tod durch Folter: 23 899, Umgekommene Kriegsgefangene: 142 953, Zwangsarbeiter: 253 230. Im Leningrader Gebiet gab es 35 Konzentrationslager. Diese Angaben beruhen auf einer Erhebung aus dem Jahre 1944 und sind noch lange nicht vollständig. In Wirklichkeit liegt die Anzahl der Opfer wohl viel höher. Niemand kann genaue Angaben machen. An den einen oder anderen erinnern sich nur noch die Verwandten oder Nachbarn.

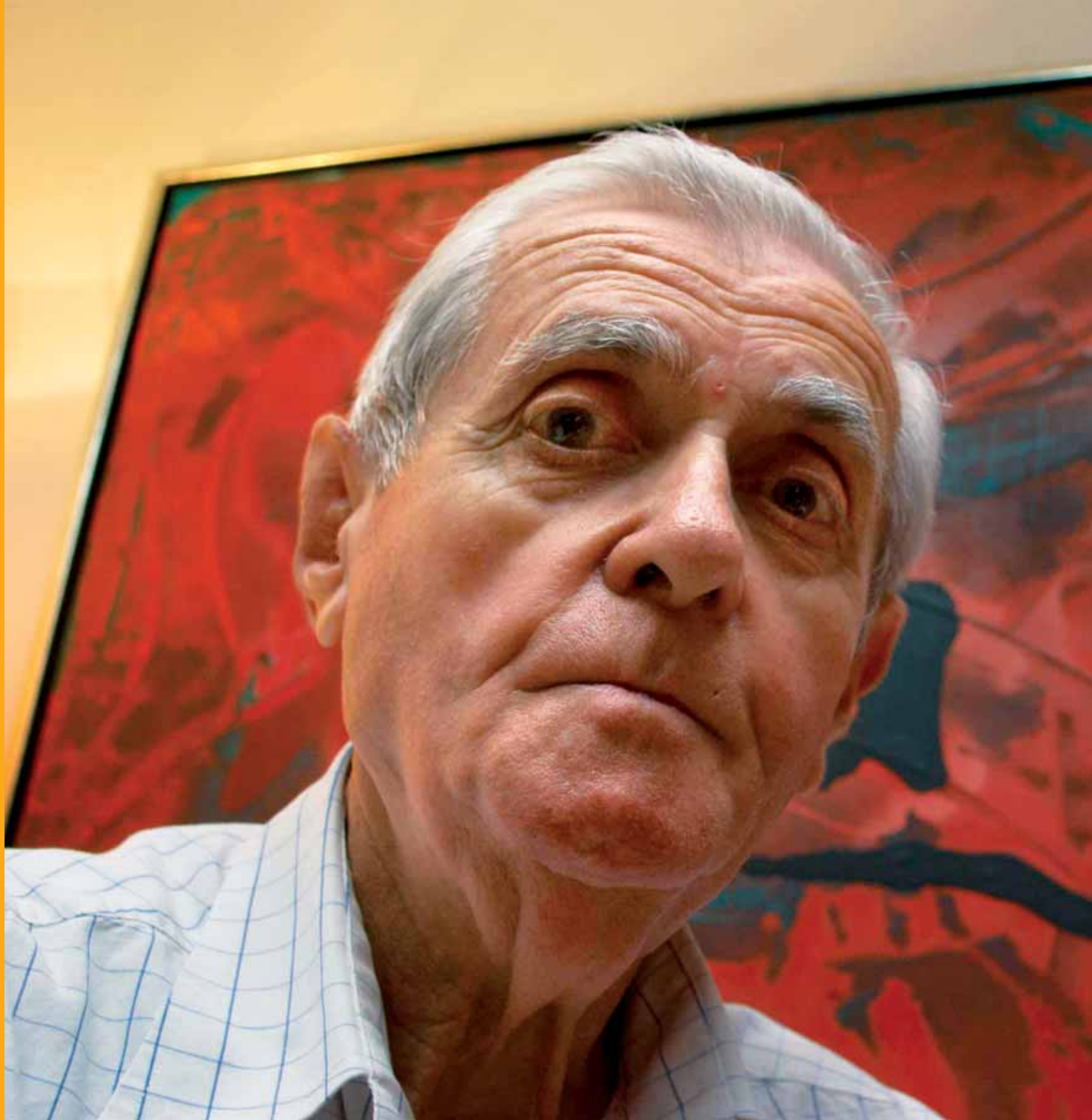


Chrissi Wilkens, geboren 1976, Studium der Soziologie, Sozialpsychologie und Kommunikationswissenschaften in München. Auslandsaufenthalte in Italien und USA. Redakteurin der griechischen Wochenzeitung „O Kosmos tou Ependiti“, Athen. Korrespondentin bei Eurotopics für Griechenland und Zypern.



Martin Fejér, geboren 1965, Sohn einer Lettin und eines Ungarn. Studium Foto-Design in Bielefeld, Bildjournalist in Osteuropa seit 1989. 2002 Aufbau des Fotografennetzwerkes ostphoto, das 2008 in der neugegründeten deutsch-französischen Bildagentur EST&OST aufging, die er mit leitet. Lebt in Budapest und Berlin.

Gerettet in Albanien



In Albanien lebten nach dem Krieg mehr Juden als zuvor. Und das, obwohl zwischen 1943 und November 1944 deutsche Besatzer den italienischen folgten, die bereits im April 1939 in Albanien eingerückt waren. Trotzdem überlebten dort praktisch alle der über 3.000 einheimischen und aus dem restlichen besetzten Europa geflohenen Juden den Holocaust. Ein Streifzug zu Helfern und Rettern.

Anfang März 1944 an der griechisch-albanischen Grenze, ein paar Kilometer von der im Nordwesten Griechenlands gelegenen Stadt Ioannina. Der zehnjährige Solomon Jakoel kauert ängstlich unter einer Wolldecke zusammen mit seinen beiden Geschwistern auf der Ladefläche eines Lastwagens. Die Familie von Isaac Jakoel, eine der bekanntesten jüdischen Händlerfamilien der Region, hat falsche Papiere ausgestellt bekommen, um von Griechenland nach Albanien zu flüchten. Der Schwindel wird bei der Grenzkontrolle bemerkt. Es ist eiskalt. Der Fahrer reicht dem frierenden deutschen Grenzwächter eine Flasche Schnaps. Dies reicht, um den LKW passieren zu lassen, und die Familie kann durch die unwegsamen Berge Südalbanien in Richtung Vlora fliehen. Wenige Tage später, am 24. März, werden 1850 Juden aus Ioannina nach Auschwitz deportiert. Unter ihnen auch enge Verwandte der Familie.

„Das Leben treibt seltsame Spiele“, sagt bewegt der heute 75-jährige Solomon, als er die Erinnerungen aus seiner Kindheit mühsam wachruft. Er sitzt in seiner kleinen Mietwohnung im Zentrum von Ioannina. Er und seine Frau sind zwei der wenigen Juden, die noch in der Stadt leben. Im 20. Jahrhundert war Ioannina eines der bedeutendsten Zentren der Romanioten, der griechischsprachigen Juden des Balkans. Durch die schmalen Gassen der Festungsaltstadt, dort wo einst die starke jüdische Gemeinschaft zu Hause war, geistert heute die Erinnerung an deren Schicksal. Mehr als 91 Prozent der deportierten Juden der Stadt kamen in den Gaskammern der deutschen Konzentrationslager um. Lediglich 163 Familien kehrten zurück. Es wird geschätzt, dass 87 Prozent der jüdischen Bevölkerung Griechenlands, fast 65.000 Menschen, zu Opfern der deutschen „Endlösung“ wurden – einer der höchsten Anteile in Europa.

Die nationalsozialistische Verfolgung und Vernichtung der Juden stieß auf keinen großen Widerstand, da in vielen Regionen Griechenlands, und eben auch in Ioannina, der traditionelle Antisemitismus stark

Foto (vorherige Doppelseite): Xhemal Veseli: „Auf Mauleseln führten wir die Juden ins Versteck, getarnt in traditioneller Tracht.“
Foto (unten): Solomon Jakoel, Jude aus Ioannina, überlebte die NS-Zeit in Albanien

ausgeprägt war. Besitz und Vermögen der meisten Juden wurden nach ihrer Deportation beschlagnahmt, Synagogen und Friedhöfe zerstört. „Die Häuser der Juden in Ioannina wurden von Einheimischen mit einem roten Kreuz markiert“, erinnert sich Solomon. Nach 45 Jahren unter dem isolationalistischen Regime Enver Hoxhas kehrte er mit seiner albanischen Frau 1990 nach Ioannina zurück. Sein Elternhaus im früheren jüdischen Viertel der Altstadt kann er nur von außen betrachten.

Während in Griechenland Bevölkerung und Behörden die Shoah teilweise unterstützten und sogar von ihr zu profitieren suchten, erwies sich der Judenmord ein paar Kilometer weiter, im Nachbarland Albanien, als undurchführbar.

Albanien war das einzige von den Deutschen besetzte Land Europas, in dem nach

dem Zweiten Weltkrieg mehr Juden lebten als zuvor. Anfang der 30er Jahre zählte man gerade einmal 200 Juden. Während des Krieges stieg ihre Zahl auf über 3000 an. Nur eine einzige jüdische Familie aus dem albanischen Kernland wurde deportiert. Im Kosovo hingegen kam es zu Verfolgungen und zur Deportation von 200 Juden. Dabei spielte auch die Waffen-SS-Division „Skanderbeg“ eine Rolle, der überwiegend Kosovaren angehörten. Hier zeigte sich die „Dankbarkeit“ gegenüber den deutschen Besatzern, die gerade erst das Kosovo von Serbien abgespalten und Albanien zugeschlagen hatten.

Die Familie Jakoel aber fand Zuflucht in der Hafenstadt Vlora, wo es schon vor dem Krieg eine starke jüdische Gemeinschaft gab, die enge Verbindungen zu den Juden Ioanninas hatte. Ein Bruder von Isaac Jakoel war dort als Händler tätig und brachte die



Neuankömmlinge für ein paar Monate bei sich unter, bis im Herbst 1944 die deutsche Besatzungsmacht abzog. Die in Vlora geplante Deportation fand nie statt. Solomon hatte Glück: „Wir hatten keine Angst vor den Deutschen. Die haben uns auf der Straße nie aufgehalten. Wir haben sogar unsere jüdischen Namen behalten.“ Und er erinnert sich an das Verhalten der Albaner: „Die Behörden und die Einheimischen haben aber keine Namen genannt und es nicht zugelassen, dass die Juden der Stadt verfolgt oder deportiert wurden.“

Einige wenige Spuren der Juden Vloras findet man heute in der sogenannten „Judenstraße“. Abdoul Haxhiou, der Sohn des ehemaligen Bürgermeisters Muhedin Haxdiou, zeigt die kleine Gedenktafel an der Wand eines früheren jüdischen Wohnhauses. Als Bürgermeister und tief gläubiger Muslim hatte Muhedin während der Besatzungszeit Juden gerettet, indem er ihnen falsche Dokumente ausstellte. Nach Kriegsende musste er über die Türkei nach Amerika fliehen, da er wegen seiner rechtsgerichteten politischen Einstellung von den Kommunisten zum Tode verurteilt worden war. Er starb 1978 in Philadelphia. Sein 75-jähriger Sohn erinnert sich heute an die guten Beziehungen, die sein Vater zu den Deutschen pflegte und die maßgeblich zur Rettung der Juden beitrugen: „Er hatte in Wien studiert und sprach sehr gut deutsch. Einmal haben sie die ganze Nacht in unserem Haus gefeiert.“

In der Hauptstadt Tirana war die Lage nach dem Einmarsch der Deutschen ungleich gefährlicher: Xhemal Veseli war 15, als er mit seinem Maulesel loszog, um die jüdische Familie Ben Yosef, die er in Tirana kennen



gelernt hatte, in seinen Heimatort Kruja zu führen. Tagelang ging es auf versteckten Pfaden durch die Berge, um nicht deutschen Soldaten zu begegnen. „Wir hatten ihnen sogar traditionelle Kleider angezogen“, erinnert er sich. In Kruja waren sie mit einer weiteren Flüchtlingsfamilie aus Tirana, den Mandils, tagsüber in einer nahe gelegenen Höhle untergebracht. Nachts wurden sie in einem kleinen Zimmer im Elternhaus versteckt. Und dies fast ein Jahr lang. Der schlanke alte Mann mit dem sanften, aber durchdringenden Blick lächelt kurz, als er sich an die damalige Situation erinnert: „Alle Einwohner von Kruja wussten, dass wir Juden verstecken. Die Mandils waren manchmal sehr unruhig. Ich musste dann lachen. Ich fragte mich, wieso sie Angst haben, wo sie so sicher bei uns sind! Wir selbst wollten nicht an die Gefahren denken, die uns drohten, wenn die Deutschen sie entdeckten.“

Foto (links): Die Judenstraße in Vlora, Albanien

Foto (rechts): Arshin Xhezo, früher albanischer Pressekader, ist stolz auf die Ahnen

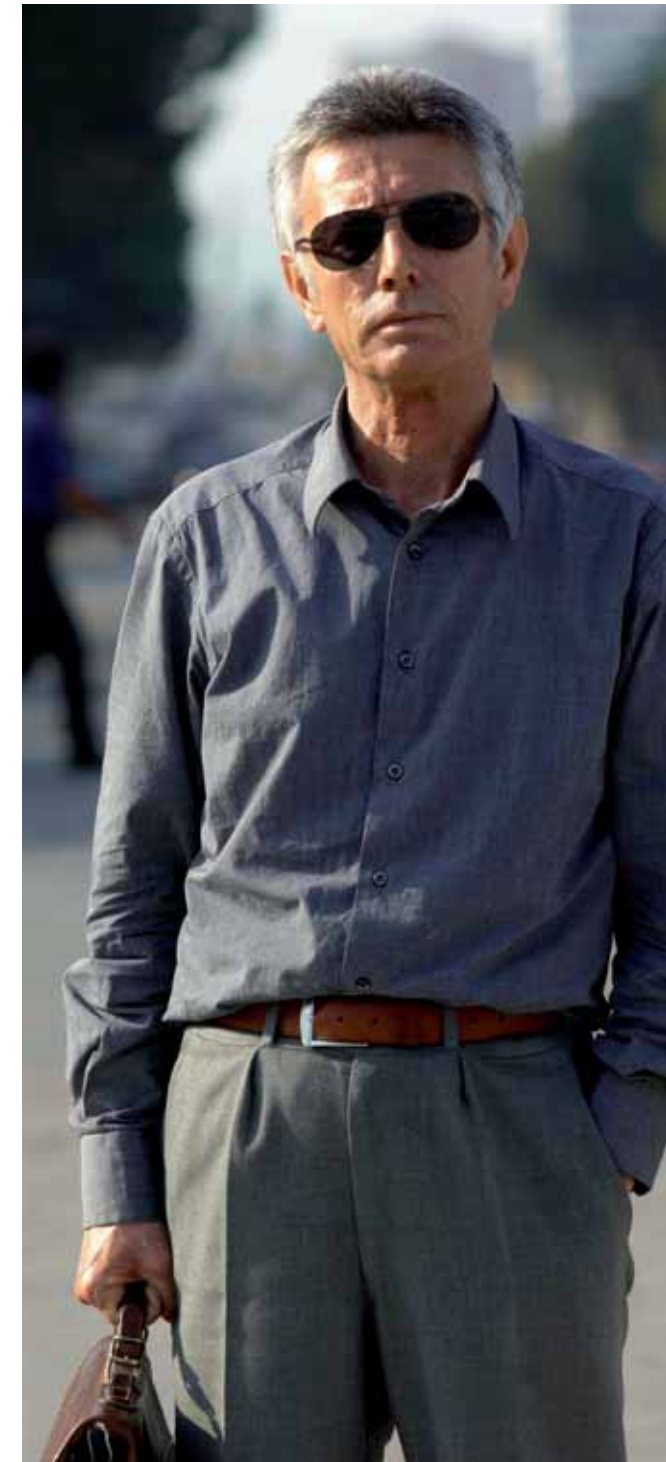
„Tue Gutes und wirf es ins Meer!“

Das immer wieder zitierte Zauberwort bei alldem heißt „Besa“. Dieser Begriff besagt, dass in Zeiten der Not jeder die Verantwortung auch für das Leben des Anderen übernehmen muss. Die Besa ist Bestandteil des uralten Kanun, des traditionellen Sitten- und Ehrenkodex der muslimischen Albaner, der schließlich auch zur Rettung der jüdischen Flüchtlinge beitrug: „Das Haus des Albaners gehört Gott und dem Gast“, so heißt es im Kanun. Der ungeschriebene Kodex war vor allem in den Bergen noch Bestandteil des patriarchalen Alltags. Wen der Vater als Familienoberhaupt ins Haus einließ, war bis zur Aufgabe des eigenen Lebens vor jeder Gefahr zu schützen. Frau und Kinder folgten ungefragt und schufen den Verfolgten einen Platz in der Familie.

Arshin Xhezo, als Chefredakteur der „Stimme des Volkes“ unter dem alten Regime der wichtigste Pressekader Tiranas, ist der Sohn von Mehmet Xhezo, der eine Reihe Juden in seiner mittel-albanischen Heimatstadt Berat rettete. Er beschreibt die Selbstverständlichkeit der Besa: „Mein Vater wollte nie über das Gute, das er getan hatte, sprechen. Er wiederholte immer nur unser albanisches Sprichwort: Tue das Gute und wirf es ins Meer!“

Sein Sohn redet heute gerne über die Taten des Vaters. Er ist stolz auf die Geschichte, wie auch das ganze Land. Konferenzen werden abgehalten, Bücher erscheinen, Historiker forschen, sammeln Zeitzeugenberichte, Dokumente, Fotos.

Das israelische Dokumentationszentrum Yad Vashem hat bis heute 63 Albaner als „Gerechte unter den Völkern“ ausgezeichnet. Arshin dreht seine große Sonnenbrille verlegen in der Hand. Auch er würde sich diese Urkunde für seinen Vater wünschen. Er hatte in der Endzeit des kommunistischen Regimes mit einem



Artikel im Zentralorgan der KP die heutige Diskussion der Vergangenheit mit angestoßen. Unter Hoxha war die Rettung der Juden kein Thema gewesen. Sie kollidierte mit der verordneten Feindschaft des kommunistischen Lagers gegenüber Israel als dem „Handlanger des US-Imperialismus“.

Wenige hundert Kilometer von Skopje entfernt, im nordgriechischen Thessaloniki, werden die neuen Metro-Röhren unter dem alten jüdischen Friedhof verlegt. Soll es wenigstens hier, im künftigen U-Bahnhof, eine Gedenktafel für die Toten geben? Oben gibt es längst nichts mehr. Die Grabsteine sind in der ganzen Stadt verbaut, es erhebt sich die Aristoteles-Universität. Schon während der großen Deportationen 1943 hatte die Stadt den Friedhof als akademischen Baugrund reklamiert. Heute herrscht hier eisiges Schweigen. Bis in die 1920-er Jahre stellten Juden sogar die Mehrheit der Einwohner, die Stadt wurde „Klein-Jerusalem“ genannt.

Hier zeigt sich der Unterschied in den Dimensionen. Aus Thessaloniki wurden um die 50.000 Menschen deportiert, aus dem viel kleineren Ioannina fast 2000, was bereits zwei Dritteln der Gesamtzahl der Juden in Albanien während des Krieges entsprach. Für die Organisatoren der „Endlösung“ um Adolf Eichmann waren die über alle Städte und Dörfer verstreuten Gruppen von albanischen Juden vernachlässigbare Größen. Sie zusammen zu treiben in einem Land ohne Straßen und Eisenbahnen, gegen eine renitente Bevölkerung unter ständiger Partisanenbedrohung schien logistisch und militärisch kaum lösbar. Vielmehr sollte Albanien mit seiner nicht-slawischen und somit im NS-Duktus „rassisch höherwertigen“ Bevölkerung ein freundlicher Ruheraum für

die deutschen Truppen sein. Unter seiner Marionettenregierung genoss es „relative Souveränität“, die Deutschen schufen sogar ein „Großalbanien“, indem sie die Minderheutengebiete der Nachbarländer, vor allem das Kosovo, angliederten. Dies spiegelte bereits die geplante Ordnung nach dem „Endsieg“, da hätten brutale Judenaktionen des Sicherheitsdienstes nur gestört.

Land ohne Antisemitismus?

Ganz untätig waren die Besatzer dennoch nicht. Bereits von ihren italienischen Verbündeten verlangten die Deutschen immer wieder Namenslisten für die Deportationsvorbereitung. Ebenso später von der albanischen Kollaborationsregierung. Die Italiener zeigten sich desinteressiert, die Albaner weigerten sich rundweg und forderten sogar das Recht ihrer Befreiung für den Fall, dass Juden von deutschen Kräften verhaftet werden sollten. Hätten die Albaner kooperiert und ihre Juden und Flüchtlinge verraten und der Straße überlassen, wären diese verloren gewesen. Angesichts ihrer Probleme bestanden die Deutschen schließlich nicht gewaltsam auf ihren Namenslisten, und so reichte auch der Schutz der Besa. Oder der Schutz der Partisanen, die oft nachhelfen und die Unterkunft und Verteilung der ankommenden Flüchtlinge organisierten.

Artan Hodxa, Rektor für Moderne Geschichte an der Universität von Tirana, hält auch daher nicht viel von der Romantik der Besa. Er fasst die Umstände trockener zusammen: „Die Tatsache, dass die Albaner keinen Grund hatten, sich gegen die Juden zu richten und nicht die Ideologie ihrer Besatzer teilten, aber auch das Fehlen von Druck seitens der

deutschen und albanischen Behörden hat zur Rettung der Juden beigetragen.“

Albanien wurde von den erstaunten Zeitgenossen als „Land ohne Antisemitismus“ wahrgenommen. Der US-Botschafter in Tirana, Herman Bernstein, kabelte diese Sensation Anfang der 30er Jahre aufgeregt nach Washington. Auch beim Völkerbund in Genf wurde man hellhörig, und prompt gab es die Idee, die „europäische Judenfrage“ auf Kosten des isolierten und rückständigen Landes zu lösen: „Es war die Zeit, als die Weltdiplomatie Albanien für die Juden als Ersatzheimat betrachtete. Es ging ständig die Rede von der Besiedlung Albaniens mit Juden, von der Umwandlung Albaniens in ein zweites Palästina“, beschreibt Shaban Sinani, einer der führenden Historiker in Tirana und ehemaliger Direktor des albanischen Staatsarchivs, die damalige Stimmung. Soweit kam es nicht, jedoch steigerten diese Diskussionen die Attraktivität des Landes als Fluchtziel. Bis in die italienische Besatzungszeit hinein gab es keine Probleme mit Einreise- und Niederlassungsgenehmigungen. Selbst Albert Einstein soll sich inkognito in Albanien umgeschaut haben.

Hinter der Rettung der Juden stand somit weit mehr als nur die legendäre Besa des Kanuns der Berge. Eher könnte man die Besa als nationalsymbolische Umschreibung eines aktiven Humanismus und eines intakten sozialen Schutzschildes sehen, der von den kommunistischen Partisanen bis zur Kollaborationsregierung, von den Bergbauern bis zur städtischen Intelligenz reichte.

Für letztere steht Margarita Kristidhi. Die 74-jährige elegante Dame hat ihre Art-

Deco-Einrichtung durch die Wirren der Geschichte gerettet. Sie ist griechischer Abstammung, Tochter des in Tirana seinerzeit berühmten Augenarztes Kristofor Kristidhi. Zärtlich hält sie ein altes Foto in der Hand. Es zeigt einen jungen Mann, der mit ihr und ihrer Schwester auf der Terrasse eines Ferienhauses spielt. Es ist Josef Kambi, den ihr Vater zusammen mit vielen anderen Juden rettete. Die Familie Kambi war in einem Konzentrationslager im mazedonischen Skopje interniert. Sie beschloss, einem Familienmitglied durch Bestechen der deutschen Wachen die Flucht zu ermöglichen. Für mehr reichten ihre verbliebenen Mittel und Wertgegenstände nicht. Das Los fiel auf Josef, die übrigen kamen im Gas um. Er floh also nach Tirana und erhielt falsche Papiere von den albanischen Behörden. Bei der Familie Kristidhi führte er ein fast normales Leben. Seine Spuren verwischen sich nach Kriegsende, als er – wie hunderte andere gerettete Juden – das Land verließ. Bevor das kommunistische Regime für 45 Jahre die Grenzen schloss und die Erinnerung an ihre einmalige Rettung in den Akten des albanischen Staatsarchivs verschwand.

Böcker, Simone: Gerettet – und doch verkauft, auf: WDR5, Alte und neue Heimat; 30.8.2009

Auer, Dirk: Ateliers im ehemaligen Konzentrationslager, auf: Deutschlandfunk, Kultur heute; 17.8.2009

Auer, Dirk: Aus der Zeit gefallen, in: Jüdische Allgemeine; 3.9.2009

Boy, Ann-Dorit: Den Krieg ans Licht bringen, in: Freitag-online, 22.8.2009

Jungius, Björn: Held des Westens, Feindbild des Ostens, in: Moskauer Deutsche Zeitung; Nr. 16, August 2009

Jungius, Björn: Volksheld im Westen, Terrorist im Osten, auf: WDR5, Alte und neue Heimat; 30.8.2009

Pallokat, Jan – im Interview mit Maya Schönfelder: Per Couchsurfing durch den Osten, auf: WDR5, Alte und neue Heimat; 30.8.2009

Rada, Uwe: Ein Foto aus Wilna, die tageszeitung, 17.9.2009

Sternberg, Jan: Rechercheur des Holocausts, auf: WDR5, Alte und neue Heimat; 30.8.2009

Yaronovetskaya, Valeriya; Wedemann, Silvana: Kriegsgedenken in der Provinz, in: Moskauer Deutsche Zeitung; Nr. 16, August 2009



Bücher und Aufsätze

Altrichter, Helmut (Hg.): Gegen Erinnerung, Geschichte als politisches Argument im Transformationsprozeß Ost-, Ostmittel- und Südosteuropas. München 2006

Barkan, Elazar u.a. (Hg.): Shared History – Divided Memory. Jews and Others in Soviet-Occupied Poland, 1939-1941. Leipzig 2007

Desbois, Patrick: Der vergessene Holocaust. Die Ermordung der ukrainischen Juden. Eine Spurensuche. Berlin 2009

Felder, Björn: Lettland im Zweiten Weltkrieg. Zwischen sowjetischen und deutschen Besatzern, 1940-1946. Paderborn 2009

Gross, Jan T.: Fear. Anti-Semitism in Poland after Auschwitz. New York 2006.

Gross, Jan T.: Nachbarn. Der Mord an den Juden von Jedwabne. München 2001

Grüner, Frank u.a. (Hg.): „Zerstörer des Schweigens“: Formen künstlerischer Erinnerung an die nationalsozialistische Rassen- und Vernichtungspolitik in Osteuropa, Köln 2006

Gudkow, Lew: Die Fesseln des Sieges. Rußlands Identität aus der Erinnerung an den Krieg. In: Osteuropa 4-6/2005

Huener, Jonathan: Auschwitz, Poland, and the Politics of Commemoration, 1945-1979. Ohio 2003.

Jilge, Wilfried/Troebst, Stefan (Hg.): Gespaltene Geschichtskulturen? Zweiter Weltkrieg und kollektive Erinnerungskulturen in der Ukraine, Stuttgart 2006

Manoscheck, Walter: Serbien ist judenfrei. Militärische Besatzungspolitik und Judenvernichtung in Serbien 1941/42. Schriftenreihe des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes, 2. Auflage, München 1995

Marples, David: Stepan Bandera. The Resurrection of a National Hero, in: Europe-Asia Studies: Formerly Soviet Studies, Bd. 58/2006

Das 20. Jahrhundert und der „Krieg der Erinnerungen“; Ein Aufruf der Internationalen Gesellschaft Memorial; http://www.memo.ru/2008/03/27/Memorial_obrazu_proschlogo_De.htm

Portnow, Andrij: Pluralität der Erinnerung, in: Arbeitspapiere und Materialien: Forschungsstelle Osteuropa, Bremen, Bd. 99/2008

Ruchniewicz, Krzysztof/Zinecker, Jürgen: Zwischen Zwangsarbeit, Holocaust und Vertreibung. Polnische, jüdische und deutsche Kindheiten im besetzten Polen. Weinheim/München 2007

Senn, Alfred Eich: Lithuania 1940, Revolution From Above. Amsterdam/New York 2007

Troebst, Stefan: Antisemitismus im „Land ohne Antisemitismus“: Staat, Titularnation und jüdische Minderheit in Bulgarien 1878-1993. In: Hausleitner, Mariana, Monika Katz (Hg.): Juden und Antisemitismus im östlichen Europa. Berlin 1995, S. 109-125

Troebst, Stefan: Geschichtswissenschaft im postkommunistischen Ost(mittel)europa. Zwischen Vergangenheitspolitik und Erinnerungskultur. In: DeutschlandArchiv. Zeitschrift für das vereinigte Deutschland 42 (2009), H. 1, S. 87-95

Weiner, Amir: Making Sense of War. The Second World War and the Fate of the Bolshevik Revolution, Princeton 2001

Wiesenthal, Simon: Jeder Tag ein Gedenktage. Chronik jüdischer Leiden. Berlin 1988

Zaslowski, Viktor: Klassensäuberung. Das Massaker von Katyn. Berlin 2007

Zeitschriften

Der Spiegel 21/2009: Die Komplizen. Hitlers europäische Helfer beim Judenmord. Hamburg 2009

Sapper, Manfred u.a. (Hg.): Osteuropa, Bd. 6/2008: Geschichtspolitik und Gegenerinnerung. Krieg, Gewalt und Trauma im Osten Europas. Berlin 2008

Sapper, Manfred u.a. (Hg.): Osteuropa, Bd. 7-8/2009: Der Hitler-Stalin-Pakt. Der

Krieg und die europäische Erinnerung. Berlin 2009

Aus Politik und Zeitgeschichte. Bd 36-37/2009: Zweiter Weltkrieg. Bonn 2009

„**Wespennest**“ Nr. 140, Bulgarien-Ausgabe: „Thomas Frahm im Gespräch mit Angel Wagenstein - Nicht vernichtet, nicht gerettet“. Wien 2005

Das Netzwerk n-ost

Das Netzwerk für Osteuropa-Berichterstattung n-ost führt Medieninitiativen, Journalistinnen und Journalisten aus rund 20 Ländern zusammen. Sie verbindet ein europäischer Blick, der von Ost nach West geht. Im Mittelpunkt steht die Berichterstattung aus und über Osteuropa. Dabei setzen sich n-ost-Mitglieder für eine Stärkung der Medienfreiheit und gegen Begrenzungen der journalistischen Arbeit ein: Das Netzwerk organisiert journalistische Fortbildungen, Fachkonferenzen, Recherchereisen und internationale Medienprojekte. Mit einem Artikel- und Radiodienst beliefert n-ost Medien und Hörfunkanstalten in Deutschland, Österreich und der Schweiz.

Kontakt:
n-ost
Netzwerk für Osteuropa-Berichterstattung
Neuenburger Straße 17
D-10969 Berlin
Tel: +49-30-259 32 83-0
Fax: +49-30-259 32 83-24
n-ost@n-ost.de

www.n-ost.de/researchstipendien

Die Stiftung EVZ

In Erinnerung an die Opfer nationalsozialistischen Unrechts setzt sich die Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ für die Stärkung der Menschenrechte und für Völkerverständigung ein. Sie engagiert sich weiterhin auch für die Überlebenden. Die Stiftung EVZ ist damit Ausdruck der fortbestehenden politischen und moralischen Verantwortung von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft für das nationalsozialistische Unrecht.

Die Stiftung EVZ fördert internationale Projekte in den Bereichen

- Auseinandersetzung mit der Geschichte,
- Handeln für Menschenrechte,
- Engagement für Opfer des Nationalsozialismus.

Die Stiftung EVZ wurde im Jahr 2000 gegründet, um vor allem Zahlungen an ehemalige Zwangsarbeiter zu leisten. Die Auszahlungsprogramme wurden im Jahr 2007 abgeschlossen. Das Gründungskapital in Höhe von 5,2 Mrd. Euro wurde vom deutschen Staat und von der deutschen Wirtschaft aufgebracht. Davon wurden 358 Mio. Euro als Stiftungskapital für die Fördertätigkeit reserviert. Aus den Erträgen finanziert die Stiftung EVZ ihre dauerhaften Aktivitäten.

Kontakt:
Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“
Lindenstraße 20-25
10969 Berlin
Tel. +49 (0)30 25 92 97-0
Fax. +49 (0)30 25 92 97-11
info@stiftung-evz.de

www.stiftung-evz.de

<i>Herausgeber:</i>	n-ost Netzwerk für Osteuropa-Berichterstattung Neuenburger Straße 17 D-10969 Berlin Tel: +49-30-259 32 83-0 Fax: +49-30-259 32 83-24 n-ost@n-ost.de www.n-ost.de
<i>Verantwortlich für den Inhalt:</i>	Christina Hebel, 1. Vorsitzende n-ost Matthias Echterhagen, Geschäftsführer n-ost
<i>Projektleitung:</i>	Dörthe Ziemer, Redakteurin n-ost
<i>Redaktion:</i>	Jan Pallokat Dörthe Ziemer
<i>Gestaltung:</i>	Michael Clemens, Berlin (www.saaafir.de)
<i>Druck:</i>	15 Grad GbR, Berlin (www.15grad.de)
<i>Förderer:</i>	Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ verantwortlich: Friederike Niemann Lindenstraße 20-25 10969 Berlin Tel. +49 (0)30 25 92 97-0 Fax. +49 (0)30 25 92 97-11 info@stiftung-evz.de www.stiftung-evz.de
	Diese Dokumentation und weitere n-ost-Publikationen können auf der Website von n-ost kostenlos als pdf-Dokumente heruntergeladen werden.

Die Aufarbeitung des Zweiten Weltkriegs, seiner Ursachen und Folgen steht in Mittelost- und Osteuropa, anders als im Westen des Kontinents, 70 Jahre später noch immer am Anfang. Das Thema ist hochgradig politisiert. Jede Nation ist bestrebt, die eigene Rolle möglichst positiv darzustellen – und gerät damit rasch in Gegensatz zur Darstellung des Nachbarn.



ANA ADAMOVIC DIRK AUER SIMONE BÖCKER ANN-DORIT BOY MARTIN FEJÉR ERIK IRMER
BJÖRN JUNGUS OLEKSY KACHMAR DOBRIN KASHAVELOV UWE RADA MARCIN ROGOZINSKI MAYA KRISTIN
SCHÖNFELDER JAN STERNBERG SILVANA WEDEMANN CHRISSI WILKENS VALERIYA YARONEVETSKAYA

